

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 52, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt:

Fort mit den Betriebskrankenkassen und der Rassenzersplitterung. — Die Kieler Strafprobe. — Ein Skandal. — 6. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. — Aus den Stadtparlamenten. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau.

Fort mit den Betriebskrankenkassen und der Rassenzersplitterung.

Von R. Wed., Königsberg.

Die Berichte der Arbeitersekretariate bieten ein schätzenswertes Material zur Beurteilung der Krankenkassen. Trotzdem letztere nun schon über 20 Jahre bestehen, muß man wirklich staunen, mit wie wenig Gesetzkennntnis mandmal Krankenkassen regiert werden. Eine rühmliche Ausnahme machen hiervon die größeren Ortskrankenkassen. Mit Genugtuung können wir konstatieren, daß in den Berichten der Arbeitersekretariate durchweg die Ortskrankenkassen gelobt werden. So heißt es z. B. in dem Mannheimer Bericht pro 1907: „Auf dem Gebiete der Krankenversicherung ist zu weniger Klage Anlaß (als auf dem der Unfall- und Invalidenversicherung). Dieses günstige Moment bezieht sich jedoch nur auf die Ortskrankenkassen, die anderen Krankenkassen haben uns genug Schwierigkeiten bereitet und manche Beschwerden veranlaßt. Während die Ortskrankenkassen sich, unter dem Einfluß der Selbstverwaltung durch die Arbeiter immer mehr zu segensreichen Wohlfahrtsanstalten entwickeln und in gewissem Sinne als Vorbilder auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung voranzuschreiten, waltet namentlich in den Betriebskrankenkassen der alte bürokratische Joch, gepaart mit feudalem Geist des Unternehmers.“ Der Bericht von Magdeburg konstatiert, daß fast keine Beschwerden gegen Ortskrankenkassen vorgekommen sind, andere heben hervor, daß es sich bei Beschwerden, die Ortskrankenkassen betreffen, nur um prinzipielle Fälle gehandelt habe. In Straßburg wurde das dortige Sekretariat in 32 Fällen um Rat und Hilfe angegangen. Und sämtliche Beschwerden richteten sich gegen Verwalter von Betriebskrankenkassen!!

Die Urteile über die Betriebskrankenkassen sind also geradezu vernichtend. Und doch ist das Verhalten der Regierung darauf gerichtet, den Arbeitern in den Ortskrankenkassen das Selbstverwaltungsrecht zu entreißen, das sie in ihren Händen glanzvoll bewahrt hat, während die Betriebskrankenkassen für sie ein blühendes „Mittelmittelding“ sind.

Ursprünglich dachte man daran, die drei Zweige der staatlichen Versicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung) zu verschmelzen und ein einheitliches Ganzes zu schaffen. Später stieß man jedoch auf „unüberwindliche Schwierigkeiten“ und begnügte sich damit, ein einheitliches Gesetz für alle Zweige der Versicherung zu schaffen. Dieses Gesetz hat kürzlich unter dem Titel: „Rechtsversicherungsordnung“ das Licht der Welt erblickt. Es ist ein unter aller Kritik stehendes Rodewerk und scheint in bezug auf die Krankenversicherung in allererster Linie den Zweck

zu befolgen, den Einfluß der Arbeiter überall auszumergen. Dafür zeugen die Bestimmungen, die die Zusammenfassung des Vorstandes regeln. Im Vorstand der Ortskrankenkassen sollen nach der Absicht der Regierung fortan Arbeiter und Arbeitgeber zur Hälfte sitzen. Um ganz sicher zu gehen, wird außerdem zu den Wahlen das Proportionalsystem eingeführt, so daß Gelbe, Christliche usw. auch entsprechend ihrer Stärke eine Vertretung im Vorstand haben. Es sollen also in Zukunft die Ortskrankenkassen von dem Unternehmertum und deren Trabanten beherrscht werden!! Aber weiter: Der Vorsitzende muß die Majorität beider Teile (Arbeiter wie Arbeitgeber) auf sich vereinigen. Solange das nicht der Fall ist, gilt die Wahl als nicht zustande gekommen, und die Aufsichtsbehörde hat die Pflicht, einen „Vertreter“ zur Wahrnehmung der Geschäfte des Vorstandes zu bestellen; es kann auch ein Vorstandsmitglied (!) mit der Vertretung beauftragt werden. Die Beamten können lebenslänglich angestellt werden, jedoch sind ihnen dann auch die Rechte und Pflichten von Staats- und Kommunalbeamten zu übertragen. Es wird zwar ausdrücklich bestimmt, daß eine Besetzung der Stellen mit Militäramvätern nicht vorgeschrieben werden darf, doch ist das nach der ganzen Zusammenfassung des Vorstandes auch nicht nötig. Trotzdem werden die Massen Versorgungsanstalten für Militäramväter sein. In jenen Kreisen lauert man schon lange auf die Umwandlung. Vielleicht gibt bei dieser Gelegenheit auch der Lieblingswunsch militärischer Kreise in Erfüllung, die Massenführerstellen mit Offizieren a. D. zu besetzen. Letztere sollen ja sehr gut wissen, wo den armen Leuten der Schuh drückt, sie sollen außerdem in der Behandlung der Arbeiter große Erfahrung haben und darum für solche Posten sehr gut qualifiziert sein. Selbstverständlich müßte dann auch das Gehalt bedeutend heraufgesetzt werden, denn mit dem, was heute mancher Massenführer bezieht, können sie natürlich nicht handesgemäß leben. Und schließlich sei noch erwähnt, daß gegen die Maßnahmen der Aufsichtsbehörde die Massen nicht die Entscheidung eines Gerichts anrufen können, wie es heute möglich ist. Dabei haben gerade die Verwaltungsgerichte bisher oft ungeschickliche Eingriffe der Aufsichtsbehörden in das Selbstverwaltungsrecht der Massen als ungesetzlich aufgehoben. Dafür, daß es der Regierung bei der kommenden Reform nicht auf das Wohl der Arbeiter ankommt, spricht vor allen Dingen auch die Tatsache, daß an der bestehenden Rassenzersplitterung gar nicht viel geändert werden soll, obwohl letztere allseitig schon längst als Krebsknoten anerkannt worden ist. In der gegenwärtigen Area liberaler Modpolitik glaubt eben die Regierung, sich alles erlauben zu dürfen. Nachdem das Verhalten der Regierung ursprünglich auf Verschmelzung aller Zweige der Versicherung gerichtet war, mißte es um so sonderbarer an, daß man nicht einmal alle Ortskrankenkassen zusammengelegt und auch die Jnnungs- und Betriebskrankenkassen nicht beieinander werden lassen. Es handelt sich eben hier um Konzessionen an das Unternehmertum. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Leistungen der Krankenkassen viel größer sein würden, wenn die Krankenversicherung ein einheitliches geschlossenes Gebilde darstellen würde.

Darum müssen die Arbeiter energisch gegen die Verheerung der Jnnungs- und Betriebskrankenkassen ankämpfen. Gerade jetzt, wo der Gesetzentwurf in der Drucke ist, bietet sich die beste Ge-

legenheit dazu. Je energischer der Antagon, desto eher ist ein Erfolg möglich, das zeigen uns so schon mehrere Patentpatronen, die Agrarier.

Schon Zeckmann hat in seiner Schrift: „Die beschränkt Erwerbsfähigen und die Arbeitslosigkeit“ in überzeugender Weise den Verhältnissen in den Betriebskrankenklassen dargelegt und für ihre Beseitigung plädiert. Vor Jahren war man sich auch darüber einig, daß bei einer etwaigen Reform des Krankenversicherungsgebiets die Betriebskrankenklassen fallen würden. In letzter Zeit sind denselben aber selbst in namhaften Sozialpolitikern energische Verfechter entstanden. Und so steht der Entwurf der Reichsversicherungsordnung denn auch vor, daß bei 500 Mitgliedern Betriebskrankenklassen errichtet werden können.

Die Landeszentralbehörde kann die Mindestzahl sogar auf 20 festlegen. Aufgeleitet dürfen mit Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung gar nur solche Betriebskrankenklassen werden, die weniger als 200 Mitglieder haben. — Die Unternehmer dürfen also triumphieren.

Sehen wir uns nun die „legenärliche“ Tätigkeit der Betriebskrankenklassen etwas näher an: Zunächst klagen die Sekretariatsbeamten sehr darüber, daß ihre Existenz auf den Arbeitsmarkt einen sehr ungünstigen Einfluß ausübt. So heißt es im Bericht von Zeckmann: „Bei der niedergebenden Wirtschaftslage im Verlaufe dieses Jahres wurde uns von Besachern des Sekretariats wiederholt darüber geklagt, welche ungünstigen Einflüsse das Bestehen von Betriebskrankenklassen auf den Arbeitsmarkt ausübt. Die Betriebskrankenklassen weisen sich alle etwa möglichen Belastungen ihres Ausgabens vom Leibe zu halten. Ältere Arbeiter oder solche, die schon nach ihrem äußeren Ansehen den Verdacht erwecken, nicht gesund zu sein, werden bei ihrer Anfrage nach Arbeit in den großen Fabriken abgewiesen. Man bevorzugt jüngere gesunde Leute. Familienväter sind brotlos, jüngere Arbeiter in Arbeit. Außerdem werden die Betriebskrankenklassen mit all den Mitgliedern, bei denen Erkrankung leichter eintreten kann, belastet, sehr zum Schaden der Erkrankten bezw. der in diesen Verdenkerten. Deshalb unser Wunsch: Die ganze Sonderkrankenversicherung mag der Teufel holen und her mit der einheimischen Versicherung nur in Betriebskrankenklassen.“ — Der Mannheimer Bericht sagt: Die Existenz der Betriebskrankenklassen wurde bei Beratung des Krankenversicherungsausschusses damit begründet, daß eine Entlastung der Allgemeinheit herbeigeführt werden sollte. Derjenige, der in gesunden Tagen der Arbeiter den Profit von diesen bezieht, solle auch in den Tagen der durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit für den Arbeiter aufkommen. In der Theorie hört sich dieser Grundsatz sehr hübsch an, in der Praxis ist genau das Gegenteil der Fall. Die Regel ist die, daß der Arbeiter beim Krankengeldempfang ungewöhnlich darauf hingewiesen wird, daß die Arbeit keine kranken Arbeiter brauchen könne. Der Not gehordend meldet sich dann der noch kranke Arbeiter gesund, um später an einem Unfall wiederum in dieselbe Gefahr seiner Existenz zu kommen. In Wirklichkeit erfolgt dann auch die Entlassung während der Krankheit gemäß § 123 Ziff. 8 der Gewerbeordnung. Der Entlassene fällt der Allgemeinheit zur Last. Und er wieder arbeitsfähig, muß er sehen, daß er in ein Unternehmen ohne Betriebskrankenklasse kommt, denn bei der ärztlichen Kontrolle wird er von Fabrikarzt als nicht aufnahmefähig befunden. Auf diese Weise sucht sich der Unternehmer in solidarischer Verbindung mit seiner Klasse die gesündesten Kräfte des Arbeitsmarktes heraus, der andere Teil wird den anderen Unternehmen und den Betriebskrankenklassen überlassen.

Solche Fälle haben wir im letzten Jahre zu Tausenden zu verzeichnen. In einem hiesigen Betriebe wurde durch Anschlag am schwarzen Brett bekanntgemacht, daß derjenige seine Entlassung zu gewärtigen habe, der bei Aufnahme in den Betrieb einen Unfall oder überstandene Krankheit verheimlichte. Im Betrieb verunglückte oder kranke Arbeiter werden nur mit eingeholter ausdrücklicher Erlaubnis der Direktion wieder eingestellt. Solche Zustände schreien geradezu nach Reformen. . . .

Zartfühlend sind die Unternehmer eben nicht. Nach dem Bremer Bericht wurde ein Arbeiter nach seiner Erkrankung entlassen, obwohl er im 18. Jahre in dem Betriebe tätig war.

Nicht minder rücksichtslos verfahren einzelne Firmen mit Arbeiterinnen, die ihrer Niederkunft entgegensehen; um die Wöchnerinnenunterstützung zu sparen, werden dieselben einfach entlassen, und man hat sogar schon oft noch die Unverschämtheit ge-

habt, den Entlassenen zu sauen, daß, wenn sie nach ihrer Niederkunft wieder in Arbeit treten wollten, dann sollten sie nur kommen.

Zu was für Konsequenzen dies führt, zeigt folgender Fall, den wir dem Augsburger Bericht entnehmen: Die Weberin A. in Lechhausen hatte vom Januar bis Juli 1906 bei der Firma M. u. Co. in Arbeit gestanden. Dort hatte man offenbar gemerkt, daß sie schwanger war, und um das Wochenbettgeld zu sparen, wurde sie ohne ersichtlichen Grund entlassen. Sie ging noch zum Direktor und bat unter Hinweis darauf, daß sie doch schwanger sei und nirgend Arbeit bekomme, er möge sie doch in Arbeit behalten. Leider ohne Erfolg; mit der kurzen Bemerkung: „Ich habe keine Arbeit für Sie“, wurde die A. entlassen. Nach drei Wochen gelang es der Arbeiterin, in der Weberei von K. Arbeit zu bekommen, aber unter was für Bedingungen?! Der Arzt hatte die Schwangerschaft festgestellt und wurde ihr, nachdem sie schon wieder drei Wochen in Arbeit gestanden, anheimgegeben, entweder die Arbeitsstelle wieder zu verlassen oder zu unterschreiben, daß sie auf die Wöchnerinnenunterstützung verzichte. Das Mädchen hat das letztere vorgezogen, hat weitergearbeitet, bis sie sieben Wochen vor der Niederkunft, Ende Oktober, nicht mehr arbeitsfähig war und die Arbeit doch verlassen mußte.

Leider hat sich die Arbeiterin nicht entschließen können, die Krankenunterstützung für die regelwidrigen Schwangerschaftsbeschwerden und später auch die Wöchnerinnenunterstützung zu verlangen und eventuell die fragliche Betriebskrankenklasse zu verklagen. Nach § 80 des Krankenversicherungsgesetzes hat eine solche Abmachung keine rechtliche Wirkung. Außerdem verstößt sie zweifellos auch gegen die guten Sitten.

„Vergeblich waren unsere Bemühungen.“ — heißt es im Bericht von Frankfurt a. M. — „auf einzelne Arbeitervertreter in solchen Betriebskrankenklassen einzuwirken, doch für eine Abklärung dieser himmelschreienden Mißstände Sorge zu tragen. Zweis wurde uns die prompte Antwort: „Wir haben ja doch nichts zu sagen, die Direktion macht alles“. Und da hat man den traurigen Mut, auch noch öffentlich die „Selbstverwaltung“ dieser Paragrafen der Arbeiterversicherung zu loben!“

Die Aktiengesellschaft „Weier“ in Bremen weist selbst Leute, die dort bereits in Arbeit gestanden haben, im Falle der Wiedereinstellung, falls ihre Untersuchung eine Krankheitsbedingung oder einen sonstigen körperlichen Defekt ergibt, an, die Mitgliedschaft bei einer freien Hilfsklasse zu erwerben. Andernfalls finden sie bei der vermögenden Aktiengesellschaft keine Arbeit.

Der § 28 des Krankenversicherungsgesetzes scheint manden Betriebskrankenklassen ebenfalls sehr un bequem zu sein. Denn vielfach wird berichtet, daß es abgelehnt worden sei, für Erkrankungsfälle einzutreten, die innerhalb drei Wochen nach dem Austrittstage eintreten.

Der hiesige Bericht klagt über die rücksichtslose Geschäftsführung einer dortigen Betriebskrankenklasse: „Die böhmischulässigen Strafen werden verhängt gegen die geringsten Übertretungen der statistischen Bestimmungen. Ein Arbeiter, der überhast, den Wohnungsverwechsel rechtzeitig anzumelden, wurde, ohne daß er jemals vernarrt oder eine Ordnungsstrafe erhalten hätte, sofort mit der Hälfte des Krankengeldes für eine Woche in Höhe von 7,50 M. bestraft! Ein derartiges Vorgehen kann nicht genug verurteilt werden, es widerspricht den elementarsten Gesetzen der Humanität. Diese Betriebskrankenklasse wurde während des großen Glasarbeiterstreiks 1906 unter Zustimmung der wenigen vorhandenen Streikbrecher errichtet; sie kämpft gegenwärtig schwer um ihre Existenz und sind deshalb der Verwaltung die kleinlichsten Mittel gut genug, um das Defizit möglichst hintanzuhalten.“

Zum Schluß sei noch ein Beispiel für den Mißbrauch der Betriebskrankenklassen angeführt: Gelegentlich einer Ausweisung zum Herbstjahre, welche durch den Farmer Verein für Gemeinwohl vermittelt wurde, war seitens einer Firma, deren Betriebsklasse der betreffende Arbeiter angehörte, bei der Überweisung des ausgefüllten Fragebogens folgende Mitteilung beigefügt:

„Zu einl. Anfrage bemerken wir noch, daß der . . . der sozialdemokratischen Partei stark zugunsten ist, was Sie gest. berücksichtigen wollen. Im Vertrauen!“

Die Kieler Kraftprobe.

Durch die Scharfmacherpolitik des Kieler Magistrats ist die Lohnbewegung unserer Kieler Kollegen zu einer Kraft- und Machtprobe geworden. Wir haben hier den Kampf in härtester Form. Ein großer Stab von Agenten vermittelt der Stadtverwaltung, natürlich auf Kosten der Steuerzahler, Streikbrecher. Die heilige Hermandad leistet kräftige Unterstützung, spendet den Arbeitswilligen ihren besonderen Schutz und nimmt offen Partei gegen die Ausübung des gesetzlich gewährtesten Koalitionsrechtes.

Der Umfang des Ausstandes und der Aussperrung ist der gleiche geblieben. kommenden Dienstag resp. am Mittwoch läuft die seitens des Magistrats bewirkte Mündigungsfrist der Arbeiter bei der Feld- und Forstkommission, Ziegelei, Stadtgärtnerei und des Baumates ab. Es ist also Aussicht auf Zuwachs der Ausgesteuerten vorhanden. Von den 488 an der Bewegung Beteiligten ist während der jetzt bereits 11 Tage andauernden Aktion nicht einer abtrünnig geworden. Die Streikenden stehen fest zusammen.

Streikbrecher fehlen dem Magistrat hingegen nicht. Es mögen ihrer wohl über 400 sein. Sie sind auf dem Wiser Gaswerk und im Depot der Straßenreinigung interniert. Im Verlauf der letzten Woche kamen noch 180 Mann aus der Gegend von Esen und Lagersdorf (Holstein). Unter der Bedeckung von 50 uniformierten Schutzleuten und vieler Geheimpolizisten sowie einer Anzahl Agenten wurden sie mit 6 Straßenabwägern nach dem Depot in der Gutenbergsiraße gebracht. Alle diese mühseligen Elemente sind zum größten Teil über die Art und selbst den Ort ihrer künftigen Tätigkeit lange im unklaren gelassen worden. Man hat sie zumest unter Verheimlichung der Sachlage nach Kiel gelockt. Beim sofortigen Verlassen der Arbeit sind 25 M. Konventionalstrafe verurteilt; selbige wird vom verdienten Lohn eingekonten. Als Lohn wird ihnen 1,70 M. pro Tag, ferner freie Kost und Logis, jeden Tag 2 Zigaretten, 10 Zigarillen, 1 Rolle Mandabak, 1 Flasche Bier sowie Anfuhrpostkarten und Schreibpapier nach Belieben verabfolgt. Zu allen diesen Ausgaben hat der Magistrat Geld, für seine allein Arbeiter aber nicht.

Dass diese Mauseisler gebärdelt werden und sich alles erlauben können, ist unter den obwaltenden Umständen nur zu natürlich. Während bei der Arbeit war den alten Arbeitern verboten, den jetzigen Schlinglingen des Magistrats mit es gestattet. Mänsche können sich vor Betrübenheiten fast nicht auf dem Wagen halten. Zu ihrer Sicherheit gegen „Verleisungen“ dürfen sie Revolver, Gummischläuche, Schlagringe usw. bei sich tragen und in Anwendung bringen. Am vergangenen Sonnabend hatten sie sich vom Depot zusammengetrotet und eine kleine Schierei veranstaltet. Glücklicherweise haben sie niemanden getroffen. Bei der geringsten Annäherung bedrohen sie das Publikum. Sie werden geradezu eine Gefahr für die Bevölkerung. Im Depot der Straßenreinigung gibt es fast alltäglich Prügeleszenen. Die Streikbrecher bauen sich miteinander nach Herzenslust. Auch sollen den Aufsehern, das sind die Agenten, die Hände recht locker sitzen.

In der „Kieler Zeitung“, dem Magistratsorgan, sowie ten unparteiischen „Neuesten Nachrichten“, herrscht eitel Freude über die gelungene Heranziehung der Arbeitswilligen. Jeden Tag verkünden sie von neuem wieder, daß in den nächsten Tagen der volle Betrieb aufgenommen und alle Malamitäten beseitigt sind. Trotzdem ist die Gasbeleuchtung und Wasserversorgung äußerst mangelhaft. Die Wassertroffansproduktion bringen 3 Monteure der Berliner Firma Putsch zur besonderen Mühe. Es will jedoch nicht recht klappen. Die Poudrettefabrik schafft gleichfalls nicht das nötige. Straßen und Plätze, öffentliche Bedürfnisanstalten, die Abort- und Mülleubewahrungsplätze in den Häusern bieten ein Bild haarsträubender Zustände. Die Gesundheitspolizei scheint machtlos zu sein. Nebenall Schmutz, Müll und Kot in Massen. Die Offiziosen des Magistrats ver schwören natürlich diese Mißere. Es wird eben von ten Arbeitswilligen keine Arbeitsleistung vollbracht. Sind ihrer zugleich auch nahezu so viel wie Auspandige, so heften sie doch lange nicht die Hälfte der Arbeit, welche letztere schaffen müßten. Für unseren Kampf ist das allerdings von nicht zu unterschätzendem Vorteil.

Zum Schutze der Streikbrecher, um sie vor Aufklärung über die Sachlage zu behüten, sind auf dem Gaswerk Wt in dem Reinigungsdopel eine Anzahl Polizisten stationiert. Mehrere Mann sowie auch Agenten beale, zu sie bei ihrer Arbeit. Arbeitswillige aus der Stadt Kiel schaffte man im Sanitätswagen zu ihren Familien. Im Salatenabfuhrwagen wurden gleichfalls

einige „verschafft“. Alle Vorsichtsmaßregeln haben aber nichts genützt. Der Streikleitung ist es in den letzten Tagen doch gelungen, 12 von diesen teuren Leuten herauszuholen und abzuschieben.

Wie nicht anders zu erwarten, steht die Polizei im Dienste der „Ordnung“, wie das der Magistrat will. Schon der Ruf: „Hier ist Streik!“ macht ihr die Klampen locker. Die Streikposten werden nach Belieben von der StraÙe gejagt, gepufft und verhaftet. Vernehmungen und Anklagen von Streikenden regnet es nur so. Zwei Kollegen wurden auf eine Denunziation der Direktion der Straßenreinigung hin — sie sollen einen Schloffer bedroht haben — einen Tag eingesperrt und dann dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Anderen Kollegen ging es ebenso, weil sie einen Streikbrecher geschlagen haben sollen. Alles, was in die Nähe der Arbeitswilligen kommt, wird vertrieben; selbst ganz Unbeteiligte werden gar nicht selten mit der Kluppe bearbeitet. Zwei Studenten, die auf dem Wilhelmshöhe einige Arbeitswillige angeredet hatten, wurden nach längerem Auseinanderseßen verhaftet. Die Streikbrecheragenten haben zurzeit gewissermaßen die Herrschaft in Kiel. Sie bestimmen Verhaftungen, geben die verschiedensten Anordnungen und üben ein ziemlich scharfes Regiment. Die Polizei läßt diese teuren Freunde der Stadt gewähren. Gelegentlich der letzten Protestversammlungen war ein ziemlich hartes Polizeiaufgebot zur Verfügung. Einige StraÙekehrer halbwüchsiger Jurschen gaben Veranlassung zum Einschreiten. Die Waffen der Geheimeswächter kamen hierbei in schärfere Aktion. — Ten sozialdemokratischen Stadtverordneten hat man die Besichtigung der Werke verweigert. Auf Grund dieser Sachlage hat die sozialdemokratische Fraktion des Stadtverordnetenkollegiums folgende Interpellation beim Magistrat eingebracht, die in der Sitzung vom 22. Juni zur Behandlung steht:

„Sind dem Magistrat die Folgen des Streiks und der Aussperrung der Arbeiter in den größeren städtischen Betrieben, insbesondere im Abfuhrwesen, der Straßenreinigung und den Lichtwerken, welche eine Gefahr für die Gesundheit der Einwohner der Stadt bedeuten und die Bürgerrechtlich zu tiefgreifender Erregung veranlassen, im vollen Umfange bekannt und gedenkt er, beschleunigt Abhilfe zu schaffen?“

Seitens der Verbandsleitung ist man natürlich während dieser Zeit auch nicht untätig geblieben. Am Sonntag, den 13. Juni, wurde ein von uns verfaßtes Flugblatt von den Parteigenossen verbreitet. Am dem Magistrat Gelegenheit zu geben, wieder geregelte Verhältnisse herbeizuführen, haben wir uns veranlaßt, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzuweisen. Die Arbeiter hatten damit nachmals die Hand zum Frieden geboten. Der stellvertretende Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr Rießler Dr. Winkelburg, erhielt dabei folgendes Schreiben durch die Organisationsleitung persönlich übermittelt:

An das Gewerbegericht Kiel.
Nachdem der Magistrat der Stadt Kiel es abgelehnt hat, in Sachen der Bewegung der städtischen Arbeiter mit der Organisationsleitung derselben zu verhandeln, sehen wir uns veranlaßt, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzuweisen. Es geschieht dies unter Berücksichtigung der in den drei Vollversammlungen vom Montag, den 11. Juni d. J. geäußerten Wünsche sowie im Interesse der für die Allgemeinheit in Frage stehenden Gesichtspunkte.

Zu Anbetracht der außergewöhnlichen Sachlage ersuchen wir eine Beschleunigung des Verfahrens herbeizuführen zu wollen und er hoffen umgehenden Bescheid.

Im Auftrage der an der Bewegung beteiligten Arbeiter:
Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

J. R.: Albin Mehs, J. J. Fabrikstraße 2111.

Der Magistrat hat es aber ohne Angabe von Gründen abgelehnt, vor dem Gewerbegericht zu erscheinen. Wie bürgerliche Blätter melden, hat er es damit begründet, daß das Gewerbegericht eine städtische Institution sei, die von einem Stadtrat als Vorsitzenden resp. einem Magistratsassessor als stellvertretenden Vorsitzenden geleitet werde. Das soll sehr unparteiisch aussehen, ist aber in Wirklichkeit eine Verhinderung der Anerkennung gesetzlicher Einrichtungen. In allen anderen Kämpfen tritt das vom Magistrat geleitete Gewerbegericht als Einigungsamt auf. Er erwartet, daß Unternehmer sowohl wie Arbeiter das Gewerbegericht als Einigungsamt anerkennen, er selbst aber leht es einfach ab.

Die Nichtachtung der Gesetze beleuchtet vortrefflich ein Eingekauft des Prof. Dr. Harms in den „Kieler Neuesten Nachrichten“ vom 20. Juni d. J. Es heißt da:

Sehr geehrte Redaktion! In den „Miesler Neuesten Nachrichten“ vom 18. Juni findet sich im Hinblick auf die streikenden Gemeindearbeiter folgende Notiz: „Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, ohne damit Erfolg zu haben. Das Gewerbegericht ist bekanntlich eine städtische Einrichtung und wird von einem Stadtrat resp. von einem Magistratsassessor als dessen Stellvertreter geleitet. Der Magistrat lebte es aus diesem Grunde ab, vor dem Gewerbegericht zu erscheinen.“ Vorausgesetzt, daß diese Mitteilung den Tatsachen entspricht, erlaube ich mir, sie durch die folgenden Erörterungen in das rechte Licht zu rücken.

1. Das Gewerbegericht ist keine „städtische Einrichtung“, sondern eine Institution des Deutschen Reiches; ins Leben gerufen durch Gesetze vom 29. Juli 1890 und 29. September 1901. Daß die Gewerbegerichte durch Ortsratrat errichtet werden, ändert daran bekanntlich nichts. Auch daß städtische Organe den Vorsitz des Gewerbegerichts führen und die Kosten von der Stadt getragen werden, ist ohne Bedeutung. Die Errichtung des Gewerbegerichts erfolgt kraft gesetzlicher Bestimmung. Dies allein ist für seinen Charakter entscheidend.

2. Zeibt wenn jene eigenartige Konstruktion zuträfe, würde sie das Verhalten der Stadtverwaltung keineswegs logisch begründen. Hat man jemals davon gehört, daß der Staat etwa in seinen Vertretern nicht vor Gericht erscheint, weil dieses eine städtische Einrichtung ist und der Staat sich nicht vor seinen eigenen Organen rechtfertigen könnte? Das würde alle Rechtsgrundsätze über den Haufen werfen. Jenes Verhalten der Miesler Stadtverwaltung verkennt völlig, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts in dieser seiner Eigenschaft nichts weniger denn „ausführendes Organ der Stadtverwaltung“ ist. Vielmehr ist er ein völlig unabhängiges Organ der Rechtspflege, und steht deshalb auch der Stelle, die ihn bezahlt, durchaus unbesungen gegenüber. Die Stadtverwaltung hat zu ihm kein anderes Verhältnis, wie jeder Privatmann. Hierbei ist es ganz gleichgültig, ob der Vorsitzende als Richter oder als Vorsitzender des Einigungsamtes fungiert.

3. Steht somit außer Zweifel, daß die von der Stadtverwaltung gegebene Begründung ihres Verhaltens in sich unmöglich ist, so fragt sich andererseits, ob die solcherweise veräußerte Ablehnung des Einigungsamtes sozialpolitisch gerechtfertigt ist. Dies muß verneint werden. Das Einigungsamt ist ein Friedensinstrument, dessen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in weitestem Umfange bedienen sollen. Es liegt auch durchaus im Interesse der Stadt, wenn die Stämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen auf diese Weise in ein ruhiges Fahrwasser gelenkt werden. Solche Entwicklungen kann die Stadt durch das gute Beispiel am ehesten fördern. Statt dessen nimmt sie sich im vorliegenden Falle jene als Vorbild, die „Derr im Hause“ bleiben wollen. Wenn künftig in Arbeitsstreitigkeiten der Vorsitzende des Gewerbegerichts ein Einigungsamt zustande bringen will, wird ihm von den Arbeitgebern mit Recht gesagt werden können: wenn die Stadt nicht einmal von der „städtischen Einrichtung“ Gebrauch macht, warum soll ich es tun? Diese Realpolitik hätte eine Stadtverwaltung, die sozialpolitisch auf der Höhe sein will, unter allen Umständen vermeiden müssen. Man soll nicht seine „eigenen Einrichtungen“ untergraben.

4. Die Stadt hat zu erkennen gegeben, daß sie nur mit ihren eigenen Arbeitern oder deren Ausschuss, nicht aber mit dem „Verband“ verhandeln will. Der Sozialpolitiker muß auch das bedauern. Wenn die Arbeiter sich organisieren, so machen sie von einem gesetzlichen Recht Gebrauch, ganz abgesehen davon, daß sie auch unter wirtschaftlichem und sozialem Gesichtswinkel alle Ursache haben, sich zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen. Sie tun damit nichts anderes, als das, was die übrigen Erwerbstätigen auch tun. Es liegt nun durchaus im Interesse unserer sozialen Entwicklung, wenn von seiten der Arbeitgeber die Berufsvereine anerkannt werden und man immer mehr zum Verhandeln von Organisation zu Organisation kommt. Und in dieser Richtung würde die Stadt fast ein gutes Beispiel gegeben haben, wenn sie etwas mehr sozialpolitische Einsicht bekundet hätte. Große Gemeinden mit starker Arbeiterbevölkerung sollen sozialpolitisch vorbildlich sein nicht aber sich hinter Doktrinen verschließen, die einer vergangenen Zeit angehören. —

Ich brauche nicht zu bemerken, daß die vorstehenden Darlegungen keine Stellungnahme gegenüber den sachlichen Forderungen der Arbeiter involvieren. Sie haben es ausschließlich mit der grundsätzlichen Seite des Streitfalles zu tun.

In ausgezeichnetester Hochachtung sehr ergeben

Prof. Dr. R. Garmz.

Aus vorstehendem ist klar und deutlich die Rechtslage ersichtlich. Der Magistrat hat die Gesetze zu respektieren, nicht bloß die Privatpersonen. Ausnahmen können der Stadtverwaltung in solchen Fragen nicht zugestanden werden. Der Glaube im Magistrat der Stadt Mies, daß es nicht immer daselbst ist, wenn zwei das selbe tun? Jedenfalls ist Ursache vorhanden, dem Magistrat die nötige Achtung vor Gesetzen beizubringen.

Der Magistrat hat nun also abgelehnt, mit der Organisationsleitung sowie vor dem Gewerbegericht mit den Ausländigen zu verhandeln. Um ihm aber noch Gelegenheit zu geben, mit den Beteiligten selbst, „ohne Zutwischenreten dritter Personen“, wie der Magistrat sagt, die Verlegung des Konfliktes zu beraten, haben die Ausgesperrten und Streikenden eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche am Sonnabend beim Oberbürgermeister vorsprach. Der Verhandlung mit dieser stellte man sich nicht entgegen, geboten wurden aber immer wieder nur Verteilungen. Der Nachmittags für Betriebsarbeiter des Gaswerkes ist für nächstes Jahr in Aussicht gestellt, bestimmt zugesagt wurde er aber nicht. Alle anderen Arbeiter sollen nichts erhalten. Die wöchentliche Lohnzahlung soll nach Wiederaufnahme der Arbeit in Erwägung gezogen werden. Es fehlt eben am guten Willen, den Arbeitern überhaupt etwas zu bewilligen. Die Ausländigen und Ausgesperrten beschlossen deshalb in ihrer am Montag, den 21. Juni, abgehaltenen Versammlung, im Ausstand zu verharrten und nicht bedingungslos wieder zur Arbeit zurückzukehren. Dieser Beschluß wurde dem Magistrat sofort unterbreitet mit dem Hinzufragen, daß wir jederzeit zu Verhandlungen gern bereit sind, sofern etwas Positives geboten wird. Wenn die „Miesler Zeitung“ am Sonntag schon meldete, daß der Kampf beendet sei, so hat sie demnach den Entscheidungen vorgegriffen. Der Ausstand dauert unverändert fort. Die Streikenden halten fest zusammen. Bei einigermaßen guter Unternehmung seitens der Kollegen und der übrigen Arbeiterschaft muß ihnen der Sieg werden!

Ein Skandal.

Die „Allg. Deutsche Gärtner-Zeitung“ hat das Bedürfnis, mit uns einen Skandal zu beginnen. Wir wissen nicht, was dem Redakteur dazu bestimmt hat, und es erscheint uns auch müßig, darüber Erörterungen anzustellen. Nur die eine Frage möchten wir an den Hauptvorstand des A. d. Gärtnervereins richten: Sind die famosen Expektationen in Nr. 25 der „Allg. Deutschen Gärtner Zeitung“ mit Wissen und Willen des Vorstandes erfolgt, oder sind es nur die Eitelübungen unseres Freundes Albrecht, der — wie schon in einer Berliner Versammlung — wieder einmal entgleist ist?

Hatte der Vorstand Kenntnis von der beabsichtigten Veröffentlichung, so ist das u. E. ein grober Verstoß gegen den jetzt bestehenden Kartellvertrag. Wir halten das einseitigen für ausgeschlossen, und so nehmen wir vorerst nur Veranlassung, einiges aus dem Hinstallenen Epus niedriger zu hängen.

Der verheißungsvolle Titel lautet: „Grenzstreitiges vom Gemeindearbeiterverbände“. Zunächst ergreift sich der Verfasser in recht gewundenen Darlegungen über das Bedürfnis nach Änderung der Organisationsform, soweit in einem Betriebe die Arbeiter verschiedener Verufe direkt in die Hand arbeiten oder die Verfassungen verwischt worden sind. Dabei kommt u. a. das Geständnis zutage: „Die Verbandsform muß immer dem Zweck untergeordnet werden.“ Das ist in dürren Worten das, was wir anstreben und in die Praxis umzusetzen bemüht sind!

Aber nun kommt ein Satz, und es wird die Behauptung aufgestellt, die Grenzstreitigkeiten entspringen fast ausschließlich der Verbandselbstsucht. Sehen wir von der Gemeinplätlichkeit dieser „Erklärung“ ab, so müssen wir doch ganz entschieden gegen die nachfolgende Schlussfolgerung Verwahrung einlegen: „Zu den Verbänden, die in genannter Hinsicht (Grenzstreitigkeiten, D. R.) keine Ruhmesblätter hinzuzufügen, gehört der — Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.“

Zumgegenüber sei nur festzustellen, daß wir in der ganzen dreijährigen Geschäftsperiode so gut wie gar keine Grenzstreitigkeiten mit irgendeiner Organisation hatten! Dies ist auch auf dem Hamburger Gewerkschaftscongreß ausdrücklich festgestellt worden.

Aber das ist erst die Einleitung zu dem nachfolgenden Erguß, in dem zunächst eine geradezu drohlich anmutende Parallele zwischen Gemeindebetrieb und Aktiengesellschaft gezogen wird, und dann heißt es:

„Ein ebensolcher Unfug ist aber auch das Bestreben, das dahin zielt, alle bei den Gemeinden und beim Staat tätigen Arbeiter in einem Gemeindearbeiterverbände zusammenzufassen. Einem solchen Bestreben liegt entweder die Unkenntnis der praktischen Bedürfnisse zugrunde oder eine ganz gewöhnliche Sucht zum Herrschen, wie sie etwa dem staatlichen Herrscher eignet, der auf Länderraub ausgeht.“

Es war ein Fehler, daß man im Rahmen unserer Zeitgewerkschaften einen Gemeindearbeiterverband als solchen überhaupt anerkannt hat. Alle heutigen Grenzstreitigkeiten mit

diesem Verbanne sind die Folgen dieses Anerkennens. Unsere Gewerkschaften haben, als sie die Anerkennung aussprachen, damit nun allerdings nicht ausgesprochen, daß diesem Verbanne als Organisationsfeld alles offen stehe, das Gemeinde- und Staatsbetrieb ist. Im Gegenteil: die Anerkennung erfolgte für ganz bestimmte (Gemeinde- und Staatsverwaltungen unterstehende) Arten von Betrieben. Der Fehler war aber, daß diese Betriebe nicht gleich im vornherein näher bezeichnet wurden. Ja, man hätte sogar die Bezeichnung „Gemeinde“arbeiter verworfen und eine diesen Betrieben angepasste Bezeichnung dafür wählen sollen. So sitzt man jetzt in der Finke und muß sich einander brüderlich um die Ehren haufen. So muß man es erleben, daß im Gemeindefacharbeiterverbande sich eine Derivatsucht entwickelt hat, die die höheren Gesichtspunkte der Arbeiterbewegung fast überhaupt nicht mehr beachtet, dafür aber auf dem diesjährigen Verbandstage die Verbandsfeststiftung und Verbandsanbahnung wahre Organe gefeiert hat. Was nämlich dort (Dresden, 21. bis 23. Mai d. J.) in puncto „Grenzstreitigkeiten“ geredet, beschlossen und sonst getan worden ist, ist geradezu ein gewerkschaftlicher Skandal!

Es folgt die Zitterung der Grenzstreitigkeitsresolutionen der Zentralvorstände von 1906 und des Gewerkschaftslogenreifes 1908, womit das „Richtige“ — für alle Zeiten? — getroffen sein soll. Dann kommt die Redaktion der „Gewerkschaft“ an die Reihe, die natürlich an allem Schuld ist. Um „den Geist zu kennzeichnen, der gepflegt worden ist“, wärmt die „A. D. G.-Ztg.“ ihre vorjährige Weibe über unseren Artikel zum Hamburger Gewerkschaftslogenreife noch einmal wieder auf. Und das, obwohl wir in Nr. 30, Sp. 661, Zg. 08, die gar nicht mißzuverstehende Antwort gegeben haben, mit der sie sich doch seinerzeit anscheinend abgefunden hatte.

Nun aber wird Freund Albrecht dramatisch: „Aufsagung der Disziplin an die höchste Gewerkschaftsinstanz und Stämpfung derjenigen in eigenen Verbände, die da wagten, vermittelnd zu wirken!“

Eines so unwahr wie das andere!

Unser Antrag: „Streichung von Absatz 4 und 5 der Grenzstreitigkeitsresolution auf dem nächsten Gewerkschaftslogenreife“, ist unser gutes, legales Recht, und wer auch nur einen Funken von Ahnung über Lokales Vorgehen hat und nicht böswillig ist, wird zugeben müssen, daß wir korrekt verfahren, und eine „Aufsagung der Disziplin“ liegt höchstens bei dem kartellunwidrigen Medakteur der „A. D. G.-Ztg.“ vor.

Es genügt, die zweite Unterzeile der „Stämpfung“ hier zurückzuverweisen, wie wir wohl mit gutem Grunde annehmen dürfen, namens des amgen Verbandstages. Um der historischen Wahrheit willen sei festgehalten, daß bei der Wahl unseres Verbandsvorstandes die Grenzstreitigkeitsfrage keine auslagende Rolle gespielt hat. Im übrigen: sind Vorstandswahlen Sache unserer Verbände und niemandes sonst! Das mag sich Genosse Albrecht selbst leisten lassen.

Und nun die „Schlußfolgerungen“ der „A. D. G.-Ztg.“? Sie sehen so aus:

„Es ist ein Skandal, daß in einer freien Gewerkschaft eine derartige Disziplinmaßnahme vorkommen kann. Es ist unverantwortlich, wenn eine Errechnungsweise ausgebaut wird, die solche Erscheinungen zeitigen muß. Und es ist wirklich an der Zeit, daß die Verantwortlichen des Gemeindefacharbeiterverbandes einmal ganz geborg zur Ordnung, das heißt zur Unterordnung unter die höheren Gesichtspunkte und Ziele der Arbeiterbewegung gerufen werden. Daß sie ein für allemal sich damit abfinden, wozu die Allgemeinerbewegung ein historisches, zeitliches Anrecht hat. Wir treten unbedenklich der Forderung bei: Wenn der Gemeindefacharbeiterverband sich hier nicht fügen will, wenn er fortgesetzt böswillig die Allgemeinerbewegung schädigt, dann kann seines weiteren Verbleibens in der Gemeindefacharbeiter Gewerkschaft nicht sein. Dann sollte eventuell zur Bildung eines neuen freigewerkschaftlichen Verbandes geschritten werden, dem sein Organisationsgebiet von vornherein bestimmt abgeteilt wird. Disziplinmaßregeln der hier angeführten Art dürfen auf keinen Fall ausgedehnt werden; denn sie sind die Meime der inneren Selbstzerstörung.“

In der Tat: Es ist ein Skandal, wenn die „A. D. G.-Ztg.“, mit deren Organisation wir in einem Kartellverhältnis stehen, und die noch Lehntausende ohne alle Konkurrenz zu organisieren hat, in dieser ganz unmotivierten Weise einen Streit mit uns vom Zaune bricht.

Wir hatten wie zu betonen wir oftmals Gelegenheit nahmen — im allgemeinen nichts von Prejudizaten über die Grenzstreitigkeitsfrage; wir hatten auch nichts von allzu heißen Worten, aber darum können und wollen wir noch lange nicht stillschweigen zu solchen Anempfehlungen.

Wollte die Redaktion der „A. D. G.-Ztg.“ gegen unsere Ansetzungen polemisieren, so wer ihr in unserem Artikel „Berufsbereiter, Industrieverband, Betriebsorganisation“ (Nr. 21 d. J.) Gelegenheit hierzu geboten. Solche Diskussionen können unter Umständen für beide Teile fruchtbringend sein. Aber vielleicht reichte es nicht dazu, und so trifft die Redaktion der „A. D. G.-Ztg.“ zu dem bequemeren Rufen nach Gewaltsamkeiten gegen unsere Organisation durch „Bildung eines neuen freigewerkschaftlichen Verbandes“.

Genosse Albrecht mag sich jedoch die Rechte heißer schreiben und die Finger wund schreiben, er wird weder bei der Generalkommission noch bei den einzelnen Verbänden mit seinem „Angebot“ gegen unsere Mitlieder Nachfolge finden. Denn Unvernünftigkeit ist nicht Trumpf in der deutschen Gewerkschaftswelt!

6. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

In Mainz hatten sich in diesem Jahre die Vertreter der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung versammelt. Der eigentlichen Hauptverhandlung gingen die Sitzungen des Vorstandes usw. sowie am Morgen des 14. Juni die zweite Generalversammlung der Unterstützungskasse des Zentralverbandes voraus. In der von 71 Delegierten bestanden Generalversammlung der Unterstützungskasse erhaltete zunächst Herr Generalsekretär Kaufmann den Bericht über die Entwicklung der Unterstüzungskasse vom 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1908. Danach betrug am 31. Dezember 1908 die Zahl der angeschlossenen Vereinigungen 125, der versicherten Personen 3527. Die Kasse verzeichnete im letzten Jahre 339 216,67 M. aus Beiträgen und 21 884,06 M. aus Zinsen angelegter Kapitalien. Das Vermögen der Kasse betrug 744 301,70 Mark. Von den Angestellten, die betrittsberechtigt sind, wird etwa die Hälfte der Unterstüzungskasse angehören.

Nach Genehmigung der Jahresrechnungen beschloß die Generalversammlung, den Vorstand und Verwaltungsrat zu ernennen, zur Errichtung und Einrichtung von Ferienhäusern den genossenschaftlichen Vereinigungen Hypotheken und Darlehen in angemessener Höhe und zu einem niedrigen Zinsfuß zu gewähren, und ferner aus den Mitteln der Kasse jährlich 10 000 M. zu Unterstüzung für bedürftige Mitglieder zu verwenden, die einer Kur bedürftig, um das Eintreten vorzeitiger Invalidität zu verhindern.

Zur Eröffnungssitzung des Genossenschaftstages, die am 14. Juni, abends 7 Uhr, in dem prächtig geschmückten großen Saale der Stadthalle stattfand, waren die Delegierten in großer Zahl erschienen. Herr Madestoff eröffnete die Sitzung. Von den städtischen Behörden war u. a. Herr Bürgermeister Schmidt erschienen. Er begrüßte den Genossenschaftstag und verfiß ihm in den Mauern von Mainz auf das herzlichste willkommen. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine sei eine wirtschaftliche Organisation, die von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnt. Der Grundgedanke des Konsumgenossenschaftswesens habe einen Siegeslauf durch die ganze Welt gehalten, in ihm sei ein gutes Stück Wohlfahrt enthalten. Manche Critik aus dem Mittelstande habe die Bewegung vielleicht unangenehm überfallen, aber es sei ja bekannt, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung auch dem Mittelstande helfen wolle und tatsächlich helfe, und er wünsche ihr bestes Gedeihen.

Ueber Aufgaben und Ziele des Internationalen Genossenschaftsbundes“ referiert der Sekretär des Bundes, Herr Dr. Hans Müller-Zürich. Er führt u. a. aus:

Die Genossenschaftsbewegung ist eine wirtschaftliche Bewegung. Sie ist ein Mund der industriellen Revolution, eine Verwirklichung des Assoziationsgedankens, der auf so vielen anderen Gebieten Trümmer errungen hat. Heute herrscht der ökonomische Nihilismus, der Zug der Weltwirtschaft. Dieser gebietet die Herrschaft des internationalen Gedankens und ihm können sich die Genossenschaften nicht entziehen. Das Kapital ist international, kein Gegner, die Genossenschaft, muß daher gleichfalls internationale Wege einschlagen. Die internationalen Genossenschaftslogenreife können nicht mehr, wir brauchen eine feste Organisation, ein Sekretariat mit reichen Mitteln, Austausch genossenschaftlicher Erfahrungen u. dgl.

Am ersten Hauptverbandstag, 15. Juni, erhaltete zunächst Herr Mar Madestoff den Bericht des Vorstandes, und daran anschließend Herr Heinrich Kaufmann den Bericht des Generalsekretärs. Beide Referenten beziehen sich auf ihre schriftlichen Berichte und machen dazu ergänzende und erläuternde Angaben. Nach dem Berichte des Generalsekretärs betragt die Zahl der Konsumvereine 1908, die Mitgliederzahl etwa eine Million, der Umsatz 50 Millionen Mark. Ueberaus anmuthig entwickelt sich im Zentralverbande deutscher Konsumvereine die Eigenproduktion, deren Wert auf 15 Millionen Mark anwachsen ist. Der Reinertrag der Verlagsanstalt betragt 1908 61 000 M. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in vorbildlicher Weise geregelt. Die Verrechnungsstelle der Verlagsanstalt arbeitet mit 100 Personen bei der Gewerkschaftsberatung. 20 Vereine haben sich gegen Eindrucks-

bierhöbl, 208 gegen Unfall, 216 gegen Haftpflicht versichert. Die Versicherungsprämie beträgt rund 17 Millionen Mark für alle Vereine. Der Anfang ist verheißungsvoll, das Wollen dieser Abteilung aber doch noch der Erweiterung fähig. Der Vertrag der Versicherungsart. liegt nicht mehr in die Hände der Verlagsanstalt, sondern wird zu allgemeinen genossenschaftlichen Zwecken benutzt. Zum Herbst dieses Jahres wird ein Rechtsbureau errichtet werden. Der Referent begründete eine Resolution, in der die Aufnahme einer fortlaufenden Reichsstatistik über das Genossenschaftswesen gefordert wird. Diese Resolution soll der Reichsregierung und dem Reichstage zugestellt werden. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Es folgten dann die Referate des Herrn Dr. August Müller über „Produzentenkartelle und Monopolenorganisationen“, des Generalsekretärs Heinrich Mann über die „Entwicklung der Unterhaltungsstätte“ und des Herrn Kretschmer über die „Errichtung genossenschaftlicher Ferienheime“. Weiter empfahl den Genossenschaften, die finanziell dazu in der Lage sind, es als ihre soziale Pflicht zu betrachten, ihren Angestellten und Arbeitern einen billigen und zweckentsprechenden Ferienaufenthalt zu ermöglichen. Dazu sollen Ferienheime dienen, die aus den Mitteln der Unterhaltungsstätte hypothekarisch begeben werden können. Die Errichtung der Ferienheime hat durch die einzelnen Vereine zu erfolgen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wird einstimmig angenommen.

Am zweiten Kongressabend, den 16. Juni, referierte A. von Elm über: „Die Revision der Tarife mit dem Bäder- und dem Transportarbeiterverband“. Der Referent behandelte die für die Revision der Tarife maßgebenden Momente und stellt Vergleiche an zwischen den in genossenschaftlichen und Einzelbetrieben herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Seine Ausführungen gingen dahin aus, daß die Genossenschaften sich wohl bewußt sein müssen, daß sie in ihren Verträgen vorbildliche Löhne und Arbeitsverhältnisse zu schaffen haben. Die neuen Tarifbedingungen, die in Betracht kommenden Genossenschaftsarbeitern wieder verschaffen, gehen hinsichtlich der Arbeitszeit, der Löhne und Zeiten. Der Bader ist in kommunalen Betrieben eine Arbeitszeit von acht Stunden einschließlich 20 Minuten Overtime, in nicht-kommunalen Betrieben eine tägliche Arbeitszeit von neun Stunden vorgesehen. Der Chauffeur ist die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden, für Muffler und Stallente je nach den zu bezahlenden Gebühren auf 9 bzw. 9½ Stunden, an Sonnabenden auf 8 bzw. 8½ Stunden, für Vaganten, Marktbesitzer, Monteur, Schneider und ungelernete Arbeiterinnen auf 8½ Stunden, an Sonnabenden auf acht Stunden festgesetzt. Beide Tarife gelten vom 1. August 1909 ab auf die Dauer von fünf Jahren.

Der Referent gibt der Erwartung Ausdruck, daß auch die Genossenschaftsarbeiter die ihnen gebotenen tariflichen Vorteile durch entsprechend höhere Arbeitsleistungen würdigen möchten und ersucht den Genossenschaftstag, den vorgeschlagenen Tarifen seine Zustimmung zu geben.

Neuerstein beantragt einen Antrag des Verbandes jüdischer Moniumvereine, der bezweckt, daß zur Schaffung zweckentsprechender Grundlagen für künftige Tarifvereinbarungen mit Gewerkschaftsorganisationen die Bildung einer Tarifkommission durchgesetzt werde, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der für die Vereinbarungen in Betracht kommenden Genossenschaften einerseits und der in den Genossenschaften tätigen Arbeiter und Angestellten andererseits zusammenzusetzen ist, und daß, falls weitere Tarifverträge als zünftigen Jahres zumutbar sind, die Beratung und Kämpfungen durch die Tarifkommission und darauf die Durchführung durch das Tarifamt zu erfolgen habe. Nach reger Diskussion, in der besonders Treiber vom Transportarbeiterverband dringend um Annahme des vorgeschlagenen Tarifes ersucht und den Antrag des Verbandes jüdischer Moniumvereine für die Gewerkschaften als unannehmbar erklärt, sagt v. Elm in seinem Schlußwort noch einmal die in der Diskussion berührten Punkte zusammen und fordert vom Genossenschaftstage die Annahme der Tarife, damit er vor der Welt den Beweis erbringe, daß ihm das erforderliche soziale Bewußtsein nicht mangle. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Tarifvorschläge gegen wenige Stimmen. Die Zahl der Mitglieder des Tarifamtes wird dann auf fünf erhöht, und der Antrag des Verbandes jüdischer Moniumvereine wird abgelehnt.

Der Antrag der Monum-, Bau-, Spar- und Produktionsgenossenschaft zu Nürnberg, nach welchem die Moniumvereine des Zentralverbandes verpflichtet werden sollen, beim Einkauf von Waren darauf zu achten, daß dieselben nicht in Judahäusern oder Geschäften amehertigt werden und daß die Waren nicht unter den von den Genossenschaften ferngehaltenen jüdischen Vorkäufern hergestellt werden, und der keiner alle Bestimmungen zu unterstützen fordert, welche geeignet sind, die fremden Zustände in der Hausindustrie zu beheben, wird dem Reichstage des Zentralverbandes, der bereits dieserhalb mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands verhandelt, zur weiteren Behandlung übergeben.

Weiter die Tätigkeit des Tarifamtes referiert Heinrich Lorenz, der dem Genossenschaftstage wichtige Entscheidungen vorträgt.

Es folgt alsdann die Wahl der Mitglieder und Stellvertretenden Mitglieder des Tarifamtes. Als Vertreter der Genossenschaften werden v. Elm, Lorenz und Neger, als Stellvertreter Kretschmer, Postelt und Arnold gewählt. Bei den schließlich erfolgenden Wahlen in die verschiedenen Körperschaften werden Herr Max Madestock als erster Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Moniumvereine und das auscheidende Mitglied des Vorstandes, Herr Konrad Barth, einstimmig wiedergewählt. Ebenso werden die drei auscheidenden Mitglieder des Ausschusses, v. Elm, Professor Dr. Standinger und Pöblich wiedergewählt.

♦ Aus den Stadtparlamenten ♦

Munich. In der Sitzung des Gemeindefollegiums vom 17. Juni kamen u. a. auch die Gehalts- und Lohnverhältnisse der Beamten und Arbeiter zur Beratung. Dabei gab G. W. Frommel als Vorsitzender bekannt, daß „das große Wert“ der Gehaltsvorlage nicht bis zum 1. Juli d. J. habe fertiggestellt werden können, dafür solle aber das neu geschaffene Requiratb einwirkende Kraft erhalten. Aus der bereits vorliegenden Denkschrift ist ersichtlich, daß die Pensions- und Versorgungsbeiträge sämtlicher Anstellungen mit dem 1. Juli von der Stadt übernommen werden sollen. Die Sozialdemokraten hatten folgende Anträge gestellt: 1. die Übernahme der gesamten Beiträge der städtischen Bediensteten und Arbeiter zur Kranken- und Invalidenversicherung nach dem Stande vom 1. Juli 1909 zu vollziehen; 2. zur Schaffung eines Anleihefonds und zur Verbesserung der Krankenversicherung eine allgemeine Krankenkasse für sämtliche städtische Bedienstete und Arbeiter zu errichten. Die Zustimmung dieser Angelegenheit hat im zweiten Halbjahr 1909 so rechtzeitig zu geschehen, daß genannte Sache mit dem 1. Januar 1910 ins Leben treten kann.“ G. W. Kollwagen (Soz.) begründete eingehend diese Forderungen. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen: daß 1. die Zahlung der Pensionsbeiträge ab 1. Juli in Weisfall kommt, 2. daß die Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge von der Stadt übernommen werden. Der sozialdemokratische Antrag auf Zahlung auch der erhöhten Beiträge der in den Betriebskrankenkassen und der Straßenbahn Versicherten wurde abgelehnt.

Nürnberg. Unter polizeilichem „Schutz“ lagten am 15. Juni die Stadtverordneten. Was war denn los, daß man einen Polizeiwachmann und zwei bewaffnete Schutzleute vor das Rathaus besordert hatte? Man, der Magistrat sollte wegen der Waffengebung eines für seine und seiner Kollegen Ansehen tätigen jüdischen Arbeiters, unseres Kollegen K. M. M., Rede und Antwort geben. Auf eine Anfrage unserer Genossen beim Magistrat in dieser Sache hatten sich die städtischen Arbeiter in großer Zahl auf der Tribüne des Sitzungssaales eingefunden. Allem Anschein glaupte der Magistrat dadurch die Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten, weshalb er für „keinen Schutz“ Verordnungen treffen ließ. Doch diese Vorlage war im städtischen Rat. Die Ausführungen der bürgerlichen Redner, der Herren Dr. med. Wolf und Fabrikant T. Kirch, die den Herrenhandpunkt zum Ausdruck brachten, lösten hier und da Murren über die berechtigte Enttarnung aus, aber eine vom Vorgesetzten gebotene Einmütigkeit auf die so schwer probierten Arbeiter reichte aus, die Ruhe herzustellen. „ganz ein glänzender Erfolg der Erziehungssachen der so schwer bedrängten Organisation der Arbeiter. Mann denn der letzte tägliche Heft des Ansehens der Nürnberger Kommunalverwaltung wirksamer betrieben werden als durch solche Maßnahmen.“ Die Interpellation unserer Genossen über die Waffengebung des Beamtenmannes der städtischen Arbeiter begründete Genosse Grauer. Der zweite Bürgermeister behauptete, der Arbeiter sei aus dem Betriebe „entfernt“ worden, weil durch den Handstreich, den der Mann verübt habe, die „Disziplin“ gelockert werde und die Vorgesetzten sich bedrückt fühlen. Zum Beweise verlas er den vom 6. Mai datierten, zu einer für Sonntag, den 9. Mai, einberufenen Versammlung einladenden Zettel, den der Arbeiter in seiner dienstlichen Zeit an die städtischen Kollegen außerhalb der Dienstreise oder Grundstücke verteilt hat. In dem Handzettel wird darauf verwiesen, daß die städtischen Arbeiter der Stadtgemeindegemeinschaft bei der Unterbreitung leer ausgegangen sind und daß die Verpflichtungen, die von verschiedenen Vorgesetzten gemacht worden sind, nur Minderungsbeiträge gewesen seien. Zum Beweise wird, um die Betreffenden ihrer Anwesenheit selbst in die Hand zu nehmen, zum Besuch einer Versammlung aufgefordert. Genosse Grauer unterzog die Handlungsweise des Magistrats, der über die Kopie der Waffengebung den Arbeiter nach zehnjähriger maßvoller Tätigkeit aus dem Dienst entlassen, einer eingehenden Befragung. Den Herren vom Magistrat schienen die Ausführungen unseres Redners nicht gerade angenehm zu sein; es riefte und zählte sich keiner der mutigen Mannen. Und die Stadtverordneten? Genosse Wolf hatte recht, wenn er sagte, dieses Schicksal rede Zustimmung. Herr Landrat Dr. Wolf schien beauftragt, den Handstreich der „Überlegen Vereinigung“ zu betreiben. Er tat es unter Hervorhebung des kranken Herrenhandpunktes. Es sei das alte Recht des Magistrats, einen Arbeiter, den er nicht haben

wolle, zu entlassen; der Arbeiter könne sich anderweit Arbeit suchen! Herr Birch von der „freien liberalen Fraktion“ meinte, der Magistrat hätte erst eine Zeit darüber hingehen lassen müssen, um dann zur Entlassung zu schreiten, das wäre klüger gewesen. Daß Herr Dr. Wolf erklärte, es sei bei ihm Grundab, daß, wer ihm nicht passe, fliegt, und bei seinen Ausführungen sich einer gewissen Reichsverbändlermanier bediene, sei nur nebenbei erwähnt. Niemand, außer den sozialdemokratischen Stadtverordneten, nahm sich der städtischen Arbeiter an!

Rittau. In der Sitzung vom 11. Juni beschäftigten sich die Stadtverordneten u. a. auch mit der Gewährung von Sommerurlaub an die städtischen Arbeiter. Diese hatten im Oktober v. J. in einer Eingabe um Einführung des Sommerurlaubes nachgehakt. Der Stadtrat antwortete darauf später, daß er die Beschlußfassung hierüber vorläufig aussetzen müsse. Warum, war nicht gesagt. Das Fahrpersonal der Straßenbahn, die sich allerdings zu erheben dünken, um mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen, hatte es jetzt für angebracht gehalten, ein erneutes Gesuch wegen Sommerurlaub einzureichen. Der Stadtrat Müller erklärte nun in der letzten Sitzung, daß eine Umfrage in verschiedenen Städten gehalten worden sei. Danach gebe ein Teil der Städte den Angestellten der Straßenbahn Urlaub, ein Teil jedoch nicht. Nach seiner Auffassung seien die Straßenbahner nicht anders zu behandeln, wie die übrigen städtischen Arbeiter, was einem recht sei, sei den andern billig. Einen Beschluß habe der Stadtrat noch nicht gefaßt. Es werde aber gegenwärtig an einem Regulativ gearbeitet, das die gesamten Verhältnisse der städtischen Arbeiter in bezug auf Staffeln der Löhne, Sommerurlaub, Abketechn u. w. regeln solle. Bei dem großen Umfange der in Betracht zu ziehenden Verhältnisse könne dieses Regulativ vor Jahres-schluss nicht mehr zur Beratung kommen. Einige Stadtverordnete traten trotzdem mit Wärme dafür ein, daß die städtischen Arbeiter noch in diesem Sommer Urlaub erhalten sollten. Doch wurde ein Beschluß nicht gefaßt, sondern der Vorsitzende sprach die Hoffnung aus, daß der Rat sich wohlwollend in dieser Sache verhalten werde. — Da werden wohl unsere Kollegen für diesmal noch auf den langerechneten Urlaub verzichten müssen. Auch die Wäber der Eingabe des Fahrpersonals werden einsehen, daß Sonderbündel nicht zum Ziele führt.

◆ Notizen für Gasarbeiter ◆

Tredden. Im Gaswerk Reid hat man einen Kammerweien erkrankt. Am 15. Juni wurde derselbe zum ersten Male in Ver-tracht gefaßt. Dabei ereignete sich gleich ein erhebliches Unglück. Durch Zufriedenheit der Flamme wurden fünf Personen verletzt. Und zwar der Inspektor, zwei Assistenten, der Rauerpostler und ein beamteter Dienstmädchen. Letzterer so schwer, daß man ihn so fort ins Krankenhaus bringen mußte. Aus welchen Ursachen sich das Unglück ereignete, und ob jemand ein Verschulden trifft, konnte noch nicht festgestellt werden.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Ausbach. Eudlich erwiderten auch hier unsere Kollegen und schloßen sich dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter an. Am 19. Juli 1908 gründeten die Arbeiter mit klarem Verstand ihre Aribale. Auf wie lange? so frante man sich gegenwärtig; denn das wachte man, wenn es dem liberalen Magistrat glückt, so werd die Aribale gesprengt. Aber nicht der Magistrat allein, sondern auch die Anwaltsheten und Viebedienerei einzelner Kollegen brachten uns in Gefahr. Am 12. Oktober 1908 richteten die organisierten Arbeiter eine Eingabe an den Magistrat um Aufbesserung der Löhne, speziell den Arbeitern wenigstens den ortsüblichen Tage-lohn (2,50) zu zahlen, ferner 10 Prozent den Handwerker und Arbeitern, die 2,50 Mk. hatten; den Entlohnungsbetrag zwischen Lohn und Krankengeld, Bezahlung der Feiertage, Meinungsmonat, Wähermittel usw. Aber da geriet die ganze Versammlung außer Rand und Band. Insbesondere Herr Meuterat Erhardt, der altberühmte „Arbeiterfreund“, erging sich in den heftigsten und beleidigendsten Ausreden gegen die alten Arbeiter. Leider haben wir im Magistrat keinen einzigen Vertreter, der nur ein Wort für die Arbeiter übrig hätte. Wohlens zu Zeiten der Wahl wird man sich auch der nächsten Arbeiter erinnern. Es werden alle An-träge unter den Tisch fallen lassen, bis auf die Vohfrage, wo 20 Pf. pro Tag und Arbeiter herauspringen, ebenso die Bezahlung der Feiertage. Am 22. Februar 1909 erneuerten wir unsere Ein-gabe, aber leider wieder ohne Erfolg. Insbesondere ist sich da ein Rat und Meuterer hervor, was uns nicht wundern kann, denn wo soll bei diesem Herrn das soziale Empfinden her-kommen? Er machte u. a. die Bemerkung, man sollte die alten eingetraditen Leute, die teilweise 10-20 Jahre in städtischer Ver-beit ihre Aralle ließen, hinauswerfen und junge einstellen! Der gleiche „Arbeiterfreund“ in der Sommermonat Kraus, Grenzaustrittler und Vorstand des Gemeindefolkgeniums, der uns beneidet und die frühe Luft, die wir im Aribale gemeten. „Von Schnee und Regen weiß dieser Herr nichts.“ Deshalb brauchen wir

auch keinen Urlaub, so spricht der Herr. Hoffentlich werden die Arbeiter selbst die Konsequenzen daraus ziehen und sich unserer Organisation anschließen, damit wir geschlossener wie bisher auf-treten können. Es sollte auch den nichtorganisierten Kollegen ein-leuchten, daß ihre Interessen nur durch unsere Organisation ge-wahrt werden können.

Afcherleben. Am 12. Juni fand bei Wilde, Waffertor, unsere mäßig besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Strunk gab den Bericht vom Verbandstage in Dresden. Die Tätigkeit während der letzten Geschäftsperiode befriedigte im allgemeinen. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge wurde nur als halbe Arbeit angesehen. Ferner drückten die Versammelten ihr Mißfallen be-züglich der auf dem Verbandstage sich abgespielten Vorgänge aus und hoffen, daß sich diese 1912 in München nicht wiederholen werden. Der Antrag, daß auf dem nächsten Gewerkschaftstongreß die Absätze 4 und 5 der Resolution aufgehoben werden sollen, wurde allseitig unterstützt. Im „Verschiedenen“ wurde beschloßen, am Sonntagabend, den 21. Juli, unser erstes Stiftungsfest im Ver-bandslokale abzuhalten. Es wird erwartet, daß die Kollegen für recht regen Besuch Sorge tragen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten beraten, wurde die nächste Versammlung auf den 10. Juli festgesetzt.

Berlin. Im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagte am 17. Juni eine zahlreich besuchte Generalversammlung, um den Bericht vom Dresdener Verbandstag entgegenzunehmen. Kollege W a u f l als Berichterstatter erteilte einangas seiner Ausführungen die notwendigen Maßnahmen, welche die geschäftliche Regelung des Verbandstages bedingte. Zum Geschäftsbericht des Hauptvorstandes wurde in Dresden allseitig das späte und nur teilweise Erscheinen bitter empfunden. Auch sonst wurde an dem Inhalt lebhaftest Kritik geübt. Soweit die Berliner Aribale in Frage kommt, mußte sogar wegen der wenig einwandfreien Art der Bericht-erstellung energisch Verwahrung eingelegt werden. In längeren Ausführungen ging der Referent auf die weiteren Beratungsgegenstände, wie Grenzreitigkeiten, die Stadtgemeinde als Arbeit-geber, Organisierung des Krankenpflegepersonals usw. ein. In der Frage der Grenzreitigkeiten hatte der Berichterstatter, Kollege D e c k m a n n, in vorzüglichen Ausführungen die Stellungnahme unserer Organisation klargestellt. Wir wollen nicht etwa, zum Gaudium der Stadtverwaltungen, Streit mit den Vnderorganisa-tionen. Nur sollen dieselben nicht bloß für die Privatindustrie die Gründung von über die berufliche Form hinausgehenden In-dustrieorganisation für notwendig und wünschenswert halten. Auch für die Arbeiter der Industrie städtischer Vertriebe muß die volle organisatorische Entwicklungsmöglichkeit anerkannt werden. Der vom Kollegen W a u f l geführte Verlauf der Verhandlungen über die Statutenberatung zeigte, warum die geschäftsliehenden Vorwenden des Verbandstages ihr Amt niederlegten. Entsprach die weitere geschäftsordnungsnahe Erledigung nicht den üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten, so ist doch für die Berliner Kollegen, getreu ihren demokratischen Prinzipien, die Verpfändung geblieben, die gesamten Beschloße zur Durchführung zu verbessern. Zu beurteilen war, wenn man aus persönlicher Bezeugung heraus, weil der Hauptvorstand für seine Heberzeugung (der Notwendigkeit der beantragten Statutenänderung) mit allen Kräfte-tätig gewesen, denselben der „Vornahme von Schiedungen“ beifol-digt. Auerkennung man jedem Kollegen das selbstherrliche Recht, für seine Meinung und Heberzeugung einzutreten, so durfte aber auch bei der Wahl des 1. Vorwenden gegen die Kollegen, die über den Kandidaten hierzu anderer Meinung waren, nicht der Vorwurf der „Schiedung“ erhoben werden. Zu hoffen ist, daß in Zukunft keinem Kollegen, der andere Mitkollegen für seine Anziehung zu betreiben versucht, als unethisch usw. verdächtig wird. — Der Ver-richtenbarung ist also, sich eine außerst rege Diskussion an. Die Aus-führungen des Referenten wurden in seinen letzten Darlegungen als durchaus richtig anerkannt. Der Appell an die demokratische Meinung zeitigte die einstimmige Annahme nachfolgender Reso-lution: „Die am 17. Juni tagende Generalversammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht über den Verbandstag in Dresden. Obwohl die dort gefaßten Beschloße nicht alle beispielweise bei der Statutenberatung den Intentionen der Aribale entsprechen, er-kennt die Versammlung trotzdem deren Durchführung als un-bedingte Pflicht an und erwartet, daß in dieser Beziehung alle Kollegen der Ortsverwaltung rückhaltlose Unterstützung zuteil werden lassen.“ Die vorgenommene Wahl ernannte: Veiher zum Hauptvorstand die Kollegen D e c k e r, W e i f e n e r, W. W o h s, K u n z b e r g und F r e n z l o w; Neuvoren die Kollegen L u b, F u d e r m a n n und S c h a b e l l; als Mitglieder für die Werk-schmittgen die Kollegen G l a t t, K r o l l, M ü l l e r, W i t t- h a n d t und W a u f l. Den im Auslande befindlichen Arier Kollegen wurde ein Sympathiegramm der Versammelten über-mittelt.

Berlin. Die Wasserwerksarbeiter der Werkstat und Straßen-solonnen tagten in einer gut besuchten Versammlung, um zu den vielen Entlassungen, die bei dieser Verwaltung in letzter Zeit vorgekommen, Stellung zu nehmen. Die Kollegen sprachen ihre Verwünschung dahin aus, daß die Verwaltung in der Zeit der wirt-schaftlichen Krise nicht für genügende Arbeit Sorge, sondern daß

Heer der Arbeitslosen noch vermehren helfe, indem sie sogar ältere Jahrgänge entlastet. Dagegen werden Arbeiten, die als sogenannte Notstandsarbeiten angesehen werden, im Afford ausgeführt. Bei den Entlassungen wird ferner nicht nach dem Versprechen des Herrn Direktors gehandelt, wonach bei Arbeitsmangel die jüngeren Jahrgänge zuerst zu entlassen sind, sondern es werden Ausnahmen gemacht, indem die Gehaltstage der unteren Beamten soviel wie möglich gehalten werden. Die Anwesenden sprachen sich dahin aus, daß, wenn es durchaus nicht ohne Entlassungen geht, Begünstigungen nicht stattfinden dürfen. Der Arbeiterausschuß wird deshalb beauftragt, bei dem Herrn Direktor vorstellig zu werden und für Abhilfe aller dieser Mißstände einzutreten. Eine in diesem Sinne gefaßte Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen. — Alsdann hielt Gen. Heinig ein Referat über: „Der preussische Staat — der Staat der Lebenden.“ Der mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Vortrag zeitigte eine rege Diskussion. Es zeigte sich, daß auch die städtischen Arbeiter den politischen Vorgängen in Deutschland mehr Beachtung entgegenbringen als früher. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Dobeln. In der Mitgliederversammlung vom 10. Juni gab zunächst Kollege Preißler Dresden den Bericht vom Verbandstag. Sodann wurde bekannt gegeben, daß die Gewerkschaft des Gaswerkes, zwischen 22 Mann, seit dem 1. Mai eine Lohnerhöhung von sage und schreibe 1 Pf. pro Stunde erhalten habe. Der Lohn beträgt nunmehr für Feuerleute 36 bis 39 Pf., für Handwerker 33 bis 41 Pf., für Hafnarbeiter und Laternenwärter 30 Pf. Diese Pfennigzulage wurde nur als Abschlagszahlung auf die Eingabe angesehen, und es soll deshalb die Eingabe zum Herbst wiederholt werden. Weiter wurde bekannt, daß bei der Stadtgärtnerei 1 Mann entlassen wurden. Grund: Arbeitsmangel. Jetzt im Sommer, in einer Stadtgärtnerei Arbeitsmangel! Das ist einfach lächerlich. Leider hatten es gerade diese vier Entlassenen nicht für notwendig gehalten, sich dem Verbandsausschuß anzuschließen. Die nächste Versammlung soll sich mit der Festlegung der Beiträge auf 40 Pf. befassen. Auch sollen die Frauen der Mitglieder zu dieser Versammlung besonders eingeladen werden.

Erfurt. Am 11. Juni hielt unsere Filiale ihre Mitgliederversammlung ab. Zum Bericht vom 3. Verbandstag in Dresden hatte Kollege Marx das Referat übernommen. Die Versammlung nahm mit Interesse die Ausführungen entgegen. Der Referent ermahnte die Kollegen, es nicht nur bei leeren Worten bewenden zu lassen, sondern die auf dem Verbandstag für die nächsten drei Jahre gefaßten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Dies gilt besonders für den weiteren Ausbau unserer Organisation sowie in der Werbung und Aufklärung neuer Kämpfer. Der Verfall bewies, daß die anwesenden Kollegen sich mit der Arbeit, die der Verbandstag geleistet hat, einverstanden erklären. Der zweite Punkt: Lohnfrage, forderte eine lebhafteste Debatte zutage. Die Forderungen sind vor längerer Zeit schon eingereicht. Durch die Verhandlungen, die zwecks Uebernahme der Gasanlagen in jadisiger Regie mit der Dessauer Gesellschaft gepflogen werden, sind dieselben bis auf weiteres zurückgestellt worden. Der Direktor Martin erklärte dem Arbeiterausschuß, daß er eher eine Fiktion erwarte, hatte, die behauptet, die Löhne nicht zu reduzieren. Eine Lohnreduzierung bei dieser schlechten Gesundheitspunkturen könne unmöglich eintreten, er könne überdies das Verlangen der Arbeiter seiner vorgesetzten Gesellschaft gegenüber nicht rechtfertigen. Zur Verhütung wurde angeführt, zu warten, bis der definitive Entscheid betreffend die Uebernahme herbeigeführt wäre, am 16. Juni solle dies stattfinden. Wenn man nun bedenkt, daß die Beamtengehälter ständig aufgebessert werden, so kann man sich ein Bild machen, was der Herr Direktor eigentlich unter Rechtfertigung versteht. Hier wird es wohl möglich sein, sich warm dafür ins Zeug zu legen, damit alles nach Wunsch der Beamten geht. Die Arbeiter können ja auch am Dumpfdruck nagen, um so gefügiger und williger sind sie dann oder nicht? Es waren nun mehrere Kollegen der Ansicht, man solle den alten Tarif noch ein Jahr laufen lassen. Es würde aber vom Vorsitzenden mit der Unterstützung der meisten Anwesenden dies nicht für ratsam erachtet, und dies mit Recht; denn warum soll gerade immer der Arbeiter warten, bis ein paar Profamen vom Tische des Arbeitgeber fallen. Obwohl nun keine Versammlung sich mit einer Arbeitsminderung oder dergleichen wegen Nichtbewilligung der Forderungen befassen sollte, dachte doch die Verwaltung: „Vorwärts ist die Mutter der Weisheit“. In der Befürchtung, man könnte die Arbeit einstellen, hatte man am Sonntag, den 23. Mai, von einem Tiefbauntennehmer sich 20 Mann reserviert gehalten, um gegebenenfalls rechtzeitig einrücken zu können. Die „nützlichen“ Elemente mußten aber, da es nichts für sie zu tun gab, wieder abgehen. Aus dem rigorosen Vorgehen der Verwaltung sieht man ganz klar, daß die Forderungen der Arbeiter gerechtfertigt sind; denn wenn die Gewerkschaft zum letzten Mittel, dem Streik, greift, dann ist es mit der wirtschaftlichen Lage derselben schon recht schlecht bestellt. Dies weiß auch zur Genüge die Verwaltung, deshalb auch ihre Vorkehrung. In den Kollegen liegt es nun, diesen Forderungen, die immer wieder erhoben werden, den nötigen Nachdruck zu verleihen. Dies kann aber nur geschehen durch Stärkung der eigenen Fesseln und Aufklärung in den Kollegen-

kreisen. Darum muß unsere Parole lauten: Hartnackig und Dringlich, dann werden wir sicher und bestimmt unser Ziel erreichen. Den städtischen Arbeitern Erfurts, vor allen denen, die als Mitglieder dem Lokalverein angehören, seien an dieser Stelle ein paar Worte gewidmet. Man ist in diesem Lokalvereinslager in einem Servilismus hineingeraten, der an längst vergangene Zeiten erinnert. Von einem burrapatriotischen Verein, dem vielleicht sollte Mitglieder angehören, könnte man es verstehen, wenn sie den Bürgermeister und Polizeikommissar zu ihren Vergünstigungen einladen, um dann vor ihnen zu knabbeln; aber eine Arbeiterkraft wie die der Stadt Erfurt mit ihren erbärmlichen Hungerlöhnen und einer ganz niedrigen Behandlungsweise hätte beßeres zu tun. Der langersehnte Wunsch einiger Nebereiferer des Vereins ist nun erreicht, nämlich man hat sich eine Ahalne zugelegt. Bei Aufbringung der Mittel zu derselben ist der Pottelhad ganz gehörig geschwunden worden, denn alle Materiallieferanten der Stadt sind mit kleinen oder größeren Summen daran beteiligt. Die Ausständigung ist ganz den Bestrebungen des Vereins angepaßt, denn auf „gelbem“ Grunde prangt in ihrer ganzen Majestät die Germania mit der Krone auf dem Haupte. Am 4. Juli soll nun die feierliche Einweihung des bunten Lappens vor sich gehen. Unter burrapatriotischem Klang wird man nach dem Festlokal ziehen, und bei einigen nicht-sagenden Reden und in feierlicher Stimmung werden die Arbeiter vergehen, daß ihnen das Geld aus allen Eden entgegenkommt. Nun, die aufgeklärte Arbeiterkraft wird ihnen das Vergnügen gern gönnen, in dem Bewußtsein, daß auch diese Harmoniedüffel der städtischen Arbeiter einmal ihre Grenze hat; denn nach einem schönen Traum kommt stets ein jähes Erwachen. Auch diese Klasse von Arbeitern wird noch einmal begreifen lernen, daß ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen nicht da vertreten werden, wo sich dieselben augenblicklich befinden. An die Einsichtigeren unter ihnen richten wir die dringende Mahnung, sich dem Gemeindearbeiterverband anzuschließen, denn nur hier können sie ihre Interessen wirksam vertreten.

Frankfurt. Am 11. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt. Kollege Schneider erstattete den Bericht vom Verbandstage. In der sehr lebhaften Diskussion wurde dem Vorsitzenden des Verbandstages beigeknickt. Weiter wurde eine Kommission für das Sommerfest gewählt. Der Vorsitzende gab Einzelheiten aus unserer Arbeit über die Zeitbewegung bekannt. Er forderte die Kollegen auf, bei Bekanntwerden von Anwerbung der Arbeitswilligen oder Transport sofort Meldung zu machen. Mit einer Sympathieumgebung für die streikenden Kollegen wurde die Versammlung geschlossen.

Freiburg. Am 13. Juni fand eine Mitgliederversammlung bei Gen. Löwenstraße statt. Den Bericht vom Verbandstag gab Kollege Viret. Meinergutes ausföhrlich auf die Verhandlungen ein. Kollege Hoffmann teilte dann einiges über unsere Arbeit über einige Punkte, bet. unsere Eingabe, und es wurde bekannt, daß Kollege Viret mit noch zwei Mitgliedern vom Vorstand sich zum Herrn Oberbürgermeister begeben soll, um über einige Angelegenheiten verhandeln zu können. Es sollen nächste Woche noch zwei Versammlungen stattfinden, die eine für das untere Gaswerk (Feuarbeiter) und die andere für das Elektricitätswerk (Werktättenarbeiter), da sich einige Mißstände in diesen zwei Betrieben gezeigt haben.

Jülich. (Der Splitter in des anderen Auges) Man schreibt uns: Die städtischen Organe sowie andere Zeitungen, die dieser Haltung von Reichthümern nahe stehen, haben von der „Begehrlichkeit eines Genossen“ zu berichten. Ein hiesiger städtischer Arbeiter, der Schriftführer des Verbandes und Vorsitzender des Arbeitersauschusses des Banante ist, hat von seinem feststehenden Urlaub einige Tage gelegentlich des Sommerfestes in der Nähe sich beschäftigen lassen gegen eine Bezahlung von 30 M. Gehalt, ist es im allgemeinen zu vermeiden, wenn jemand aus Solinger seinen Urlaub dazu nimmt, um während desselben anderweitig noch etwas zu verdienen. Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß der Urlaub dazu da ist, um sich zu erholen. Doch wie liegt die Angelegenheit hier? Hat dieser Arbeiter aus Habgier gehandelt, um einen Nebenverdienst zu erwerben, oder war seine Notlage daran schuld? Wer trägt eigentlich die Schuld an solchen Vorkommnissen: der Arbeiter oder sein Arbeitgeber, die Stadtgemeinde? Es wäre sehr interessant von den „Esen Brüdern“ gewesen, wenn sie so philosophiert hätten! Da wäre aber dann keine Redaktionspflicht der „Genossen“ herausgekommen! Wir wollen aber, was die „Brüder“ nicht getan haben, tun, um auch den Stadtmaant auf solche Angelegenheiten aufmerksam zu machen. Der betreffende Arbeiter ist jetzt 35 Jahre alt, also im besten Mannesalter, seit 9 Jahren im städtischen Bauante beschäftigt. Vater von drei noch nicht schulpflichtigen Kindern. Allgemein wird er als ein brauchbarer fleißiger Arbeiter geschätzt. Dieser Arbeiter, der eine kostbare Familie zu ernähren hat, bezieht den „horrenden“ Lohn von tagl. 3.50 M., wochentl. 21 M., monatl. 71 M. Kranke und Invaliden werden abgezogen werden. Es verbleiben ihm demnach 29.25 M., und mit diesem Lohn — das ist der Wohlstand, der zu erreichen ist — muß sich ein junger, voll-

kräftiger Arbeiter durchhungern. Denn zum „Leben“ reicht dies keinesfalls! Es ist daher einleuchtend, daß diesem Arbeiter diese 30 Mk. Nebenverdienst willkommen waren angesichts einer solchen Sozialen Einrichtungen der Stadt bewundern. Mit den sozialpolitischen Vergünstigungen (Urlaub, Hinterbliebenenversorgung usw.) bräutert man nach außen, während die Hauptsache: „Die Lohnpolitik“, eine äußerst niedergedrückte ist. Die städtischen Arbeiter könnten auf all diese Wohlfahrtsmaßnahmen verzichten, wenn man ihnen deshalb den Lohn vorenthält, der notwendig ist, um eine Familie zu ernähren. Wiederholt verlangten die Arbeiter bessere Entlohnung (mit Ausnahme der „Hirsche“, diese sind schon zufrieden, wenn bei dem Ruhegehalt im Statut das Wort „kann“ gestrichen wird), aber immer mit dem Erfolge, daß für die einzelnen Arbeiter einige Pfennige bewilligt wurden, während man für die „Obere“ Hunderte übrig hatte. Dieser städtische Arbeiter, der, um seiner Familie willen seinen Urlaub opferte, um durch einen Nebenverdienst seinen nicht ausreichenden Arbeitslohn zu ergänzen, steht in Charaktergröße viel erhabener da als frühere „Führer“ der „Hirsche“, die zum Streikführer wurden, um einen Werkmeisterposten zu erhalten. Dies, Ihr edlen Hirsche, ist einer von den vielen Balken in Eurem Auge, die Ihr nicht seht oder nicht sehen wollt! — Immerhin möchten wir keinesfalls die Handlungsweise des betreffenden Kollegen als nachahmenswert bezeichnen.

Galle a. S. Dem hiesigen „Volkblatt“ entnehmen wir folgende Notiz, die eines weiteren Kommentars nicht bedarf: Eine Gewerkevereinsgründung wird von der bürgerlichen Presse in erfreulichen Tönen besprochen. Es handelt sich um den Gewerkeverein der Gemeindegewerbetreibenden in der Richtung eingetragenen. Es heißt darin: Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt, die Lage seiner Mitglieder in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung mit allen Kräften zu heben. Das soll erreicht werden durch mündliche und schriftliche Angaben der Wünsche und etwaiger Beschwerden aus den Arbeitsverhältnissen der Mitglieder an die einzelnen Betriebsvorstände und die städtischen Behörden. Das Bestreben des Vereins ist in erster Linie dahin gerichtet, etwa bestehende Unzulänglichkeiten der Arbeiter auf gutem Wege zu beseitigen. Wenn wir das schmeichelnde Bemerkung der hochachtbaren Worte weglassen, erlaubt sich, daß hier nichts anderes als eine neue Stütze zur Hilfe der Streikunruhen aufzuweisen worden ist. Darin liegt denn auch der Grund, weshalb sich die bürgerliche Presse mit so gütlicher Sorgfalt dem sehr bescheidenen G. D. Bilanzieren widmet. Wie bescheiden es ist in seinem Bollen und Wollen, beweist der Bodenbeitrag von — 15 Mk., den man erheben will. Damit will man bei Krankheits- und Notfällen unterstützen! Es sind doch tückische naive Schwärmer, diese Hirsche-Tumultführer! Daß man es hier mit einem solch bescheidenen Strebe zu tun hat, bestätigt ein ungarischer Bericht, der uns über die „Quantitative Versammlung“ zuverläßlich in. Danach waren insgesamt 12 Mann erschienen, von denen aber noch 6 Mann der freien Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehörten! Von welcher mittelstündigen Angst die Macher der Versammlung befaßt waren, ergibt sich daraus, daß nach Eröffnung der Versammlung der Referent erklärte, nur solche Gemeindegewerbetreibenden dürften der Versammlung beiwohnen, die entweder schriftlich eingeladen seien, oder sofort ihren Beitritt zum Gewerkeverein erklärten! Diese Erklärung gewinnt dadurch ganz besonders angenehme Form, daß vorher in den hiesigen bürgerlichen Blättern alle im Gemeindegewerbe beschäftigten Arbeiter öffentlich eingeladen worden waren. Anständige Leute halten, was sie versprechen, was in diesem Falle leicht möglich war. Es scheint aber bei dieser Gründung weniger auf die Beobachtung der Regeln des Anstandes, wie auf unerschütterlichen Punctum abgesehen zu sein. — Nun, die Mitglieder der freien Gewerkschaft berufen sich auf ihr Recht, in dieser „Mengenversammlung“ amweind zu sein. Der Referent jedoch, dem es Angelegenheit der Arbeiter, die wissen, was sie tun müssen, um endlich ihre Lebenslage zu verbessern, ersichtlich klar wurde, verschanzte sich mannhaft hinter dem Hausrecht, frag jeden einzelnen, ob er „Hirsche“ werden wolle und wie, als er sein Teil abschließende Antworten eingeholt hatte, die unlieben Gäste hinaus. — Soll man nun laden über die lümmliche Arbeit solcher ungeladenen Helden, oder soll man meinen darüber, daß gerade bei gewissen Arbeitern, denen der Zusammenhalt mit ihren Kollegen am meisten not tut, die Taumelheit abgesehen ist?

Gamburg. Die Arbeiter der Wasserbauinspektion Oberelbe haben sich in zwei Versammlungen, eine in Howe am 6. Juni, und die andere in Ochsenwärdler am 13. Juni, mit dem Stande der Lohnbewegung befaßt. Im Oktober v. J. war durch den Arbeiterausschuß beantragt worden, den Tagelohn für die oberelbischen Arbeiter, deren Arbeitsgebiet sich von der Elbbrücke bis nach Westbacht erstreckt, von 1,50 Mk. auf 4 Mk. zu erhöhen und die Arbeiter auf neun Stunden festzusetzen. Diese Forderung wurde abgelehnt, aber aufs neue wieder eingebracht worden. In der letzten Sitzung ist dem Ausschuß der Vorbehalt geworden, daß die Behörden sich mit der Lohnfrage eingehend befassen und aller Voraussicht nach im August d. J. ein endgültiges Bescheid zu erwarten sei. In beiden Versammlungen fand eine lebhafteste Debatte statt, in welcher betont wurde, daß augenscheinlich

gar nicht die ernste Absicht bei der Sektion Strom- und Hafenbau bestehe, die Löhne anzubessern. Die Ausschußmitglieder erwiderten, daß sie keinen andern Bescheid geben können, als den sie selbst erhalten haben. Auf Grund der Erklärung des Herrn Bauinspektors Höch, welcher als Vorsitzender des Ausschusses fungiert, habe der Ausschuß davon Abstand genommen, zu beschließen, daß die Lohnanträge der Senatskommission für Staatsarbeiterangelegenheiten zu überweisen seien. Einige Redner erklärten, der Ausschuß hätte dafür sorgen müssen, daß sein Verhalten nicht als ein Verzicht der Arbeiter abgesehen werde. Schließlich konnte die Senatskommission für Staatsarbeiterangelegenheiten erklären: Vom Ausschuß Oberelbe liegen keine Lohnanträge vor, ergo, die Leute sind zufrieden. Oder aber Herr Bauinspektor Höch konnte auf Anfordern der Behörde berichten: „Kein Ausschuß hat keine Lohnanträge beschloffen“, und daraus würden dann falsche Schlussfolgerungen gezogen. Öffentlich jede hinter der Erklärung, daß die Behörden sich mit der Lohnfrage befassen, mehr als der Versuch, den Ausschuß erst mal wieder abzuwimmeln. Mehrere Kollegen bemerkten, daß es wohl an der Zeit sei, eine Ausgestaltung der Ausschüsse anzutreiben, dergestalt, daß die Verbandsleitung beredigt werde zur Teilnahme an den offiziellen Sitzungen des Ausschusses. Eine umfangreiche Aussprache entsand im Distrikt Ochsenwärdler über die Beförderung von und zur Arbeitshilfe. Die Sammelstelle für die Arbeiter der Stadtmesserei Moorwärdler sei die Südpolze Buntbaus, dort, wo die Nordelbe von der Süderelbe abgeweit. Von hier aus werden die Arbeiter zu den verschiedenen Stellen an den Strom kommandiert, bis zur Elbbrücke und nach Entenwärdler. Die Diskussionsredner brachten zum Ausdruck, daß der Antrag des Ausschusses ganz ihren auch schon früher geäußerten Ansichten entspreche, wonach die mit der Kommandierung verbundenen Wege zur Arbeitszeit gehören. Die Beförderung müsse deshalb so geregelt werden, daß die Arbeiter morgens um 6 Uhr von Buntbaus abfahren und abends um 6 Uhr durch eine Baraffe der Behörde wieder abgeholt werden. Die Ausschußmitglieder berichteten, daß die Inspektion versuchen wolle, in nächster Zeit die Beförderungsfraße zu lösen. Eine Verschiebung der Anfangs- und Endzeiten werde sich aber kaum vermeiden lassen, und zwar würde die Abfahrt morgens vielleicht um 5½ Uhr erfolgen und die Abfahrt von der Elbbrücke oder Entenwärdler abends um 5½ Uhr. Eine Schleppbaraffe soll zunächst probeweise diese Fahrten aufnehmen. Die Versammlung erklärte, wobei mit jeder Verbesserung zufrieden zu sein, nur müsse der Zustand aufhören, daß sie von morgens 4 Uhr bis abends 9 Uhr unterwegs sind und zu ihrer Tagesarbeit noch die schwere Schiffsarbeit auf dem Strom morgens und abends extra zu leisten hätten. Beide Versammlungen nahmen zum Schluß noch einen Bericht über den „Dresdener Verbandsstag“ entgegen.

Magdeburg. Am 19. Juni fand unsere Mitgliederversammlung in der „Bürgerhalle“ statt. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen Sud erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Kollege Zerst teilte mit, daß dem Kartell eine Proklamation die neue Reichsversicherungsordnung den Kollegen empfohlen werden kann. Am 27. Juni findet ein Ausflug nach dem „Maidenhorn“ statt. Abmarsch morgens 7 Uhr vom Depot der Straßenbahn, Neue Meißelstr. Ein besonderes Interesse haben wir an dem Streik in Kiel. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen: Die heute versammelten städtischen Arbeiter Magdeburgs sprechen den kämpfenden Arbeitbrüdern in Kiel ihre volle Sympathie aus. Sie erwarten, daß die Streikenden und Ausfahrenden fest und treu zur Organisation halten, damit ein Sieg auf der ganzen Linie erschollen wird. Die Versammelten werden dafür Sorge tragen, daß sich kein Magdeburger Arbeiter findet, der unseren Brüdern in den Rücken fällt. Kollegen von Kiel, Euer Kampf ist auch der unsere, darum hoch die Solidarität der städtischen Arbeiter Deutschlands! — Neben dem Verbandsstag berichtete Kollege Förster eingehend. In der Diskussion fand eine rege Aussprache statt. Die Versammlung konnte sich mit der Arbeit, die auf dem Verbandsstage geleistet wurde, nicht zufrieden erklären. In dieser Sache wurden zwei Resolutionen angenommen. — Ein Anderericht zu veranlassen wurde abgelehnt. — Den Kartellbericht gab Kollege Weisler. Unter Verschiebung“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt.

Essenbach a. M. Am 13. Juni tagte eine außerordentliche Generalversammlung unserer Filiale. Kollege Karole Frankfurt erstattete Bericht über den Verbandsstag zu Dresden. Dem Referat wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Da der seitberige Vorsitzende, Kollege Gredemann, sein Amt niederlegt, mußte eine Neuwahl stattfinden. Kollege Ph. Dofferbert wurde als 1. Vorsitzender gewählt. Er versprach, nach Kräften seines Amtes walten zu wollen. Der 2. Vorsitzende gab ein Schreiben des Hauptverbandes über die Streitangelegenheit unserer Kieler Kollegen bekannt. Kollege Karole ergänzt das Verlesene und erklärte, wir werden in Zukunft noch mehrmals auf diese Wackprobe gestellt werden. Gehört es uns, in diesem Kampfe Sieger zu werden, dann wird man auch anderwärts Recht davon nehmen. Die anwesenden Kollegen stimmten mit einer Sympathieerklärung dem Ausführenden Komitee zu, die auch in materieller Hinsicht gelten soll. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Stuttgart. Am 11. Juni fand eine gutbesuchte Mitglieder-beratsammlung im „Gewerkschaftsbaus“ statt. Kollege Haucker führte aus, daß, nachdem der Arbeiterausschuß in seiner letzten Sitzung keine befriedigende Erklärung betriebs der durch Zubetriebnahme der neuen Eisenanlage bevorstehenden Arbeiterentlassungen im Gaswerk Giesberg erhalten habe, die Organisationsleitung mit unserer Mathausfraktion die Angelegenheit in einer Sitzung besprochen hat. Zahlreiche Fraktionsmitglieder waren der Ansicht, daß die überflüssigen Arbeitskräfte möglichst in andere städtische Betriebe untergebracht werden müßten. Es wurde ver- sprochen, die Angelegenheit ins Auge zu fassen. — Eine lebhafteste Debatte rief der vom Stadtschultheißenamt an den Vorsitzenden des Arbeiterausschusses gerichtete abschlägige Bescheid auf ein Gesuch betröfßs Gewährung einer weiteren Lohnzulage von 10 Pf. pro Tag an eine Anzahl Arbeiter, die noch mit dem niederen An- fangslohn von 3,10 Mk. eingestellt wurden. Die Begründung der Ablehnung unter Hinweis auf die „Monjeunzen“ konnte von den Kollegen durchaus nicht als stichhaltig angesehen werden, sondern in der Angelegenheit war wieder das vielgerittene „Sparameitz- prinzip“ ausschlaggebend, obwohl mit verhältnismäßig geringen Ausgoben die Härte, die für einen Teil der Kollegen besteht, hätte beseitigt werden können. Abfällig kritisiert wurde, daß seit einiger Zeit auch die beidenseitigen Forderungen abschlägig entschieden wurden und allgemein wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, man müsse in nächster Zeit ganz entschiedene Stellung dagegen nehmen. — Den Bericht vom Verbandstag erwähnte Kollege Spang in einsehender Weise, welcher von Kollegen Lang in einigen Punkten ergänzt wurde. In der Versammlung kam die Befriedi- gung über die Beschlüsse des Verbandstages, insbesondere betröfßs Beitrags- und Unterstützungsfrage zum Ausdruck. Mit lebhaftem Interesse nahm die Versammlung von dem Streit der Meiler Kollegen Kenntnis und gab dem Wunsch Ausdruck, daß ihnen der Sieg in ihrem schweren Kampfe beschieden sei. Es wurde be- schlossen, nötigenfalls auch finanzielle Beiträge zu leisten.

Wiesbaden. Am 11. Juni fand im Gewerkschaftsbaus eine gutbesuchte Mitgliederberatsammlung statt, in der Kollege Marok e- frankfurt a. M. die Berichterstattung über den diesjährigen Ver- bandstag gab. Der Referent verband es, den anwesenden Kollegen die Bedeutung des Verbandstages anzulegen. Wenn auch auf dem diesjährigen Verbandstage nicht alles so ausgefallen sei, wie es von vielen gewünscht wurde, so müßte man doch zugeben, daß alle Delegierten bemüht gewesen seien, das Beste zu leisten zum Wohle des Verbandes. Kollege Marok sprach auch den Wunsch aus, daß auf dem nächsten Verbandstage in München noch mehr geleistet werde zum Wohle unseres Verbandes, und forderte die Kollegen auf, mitzuwirken an der Vorbereitung für den Verband, damit wir den Stadtverwaltungen gegenüber mit mehr Nachdruck unsere Forderungen stellen können. Die anwesenden Kollegen be- grüßten noch die Wiederwahl des Kollegen Mohs. — Kollege Marok gedachte alsdann der freitenden Gemeindearbeiter in Kiel und ersuchte die Anwesenden, unsere Kollegen zu unter- stützen, wenn der Ruf dazu erfolgen sollte.

den Bemerkungen sei noch folgendes wiedergegeben: „Es erscheint nicht unmöglich, daß auch die Idee der Industrieverbände, die von Jahr zu Jahr sich immer mehr Bahn bricht, der Verbearbeit des Branchenverbandes hinderlich wird, was gerade in Perioden des wirtschaftlichen Niederganges um so schwerer ins Gewicht fällt . . . Im allgemeinen brauchen die Gewerkschaften mit den Ergebnissen des Krisenjahres 1908 nicht unzufrieden sein. Daß ein Mitglieder- rüdgang eintrat, wurde, sobald eine Besserung der Konjunktur nicht eintrat, war zu erwarten. Wenn man die großen Massen ins Auge faßt, die während der letzten zwei Jahre vor Eintritt der Krise den Gewerkschaften zufließen, so ist der eingetretene Mitglieder-rüdgang relativ gering. Daß es möglich war, diese großen Massen bis auf einen geringfügigen Prozentfuß während des schwersten Krisenjahres zu halten, zeugt von einer ziemlich großen Festigkeit unserer Organisation. Daß die Arbeits- losen Unterstützung wesentlich dazu beigetragen hat, dürfte kaum zu bezweifeln sein . . . Ganz besonders wirksam war die Aktion der Gewerkschaften im vorigen Jahre, die auf eine Ab- wehr von Verschlechterungen der bisher erreichten Position gerichtet war. Es kann den Kritikern der Gewerkschafts- arbeit der Vorwurf nicht erjpart bleiben, daß sie gerade dieses Gebiet stets „soohlvollend“ übersehen. Mit einer Leichtfertigkeit, für die es wohl eine Erklärung, aber keine Entschuldigung gibt, werden in Broschüren und Zeitungsaufsätzen Behauptungen von der Erfolgslosigkeit der gewerkschaftlichen Aktion aufgestellt, die häufig durch unbrauchbare Statistiken zu beweisen gesucht wird. Die allgemein in sozialpolitischen Kreisen als müttergültig anerkannten Statistiken der deutschen Gewerkschaften sind diesen Kritikern unbekannt — weil sie nicht in ihrer Mann passen . . . Die Tatsache ist freilich jedem bekannt, daß die deutschen Gewerkschaftskämpfe in den letzten Jahren der Ausdehnung waren zwischen den Arbeits- löhnen und den Preissteigerungen auf die Lebens- mittel, die die Handelspolitik des Reiches von 1902 im Gefolge hatte. Ob bis heute allgemein dieser Ausgleich gelungen ist wollen wir unentschieden lassen. Daß er in mehreren Punkten mit guter gewerkschaftlicher Organisation erreicht wurde, kann ohne weiteres als scheinend angesehen werden. Eine die Gewerkschaften wäre diese Arbeit unmöglich gewesen. Es kann aber unmöglich den Ge- werkschaften die Verantwortung für die Handelspolitik des Reiches zugeschoben werden. Es ist im Gegenteil Sache der poli- tischen Arbeiterbewegung, eine derartige die Arbeiter- massen belastende Politik abzuwehren. Wenn das nicht gelang, so ist das kein Verweis von der Erfolgslosigkeit gewerkschaftlicher Arbeit, sondern lediglich dafür, daß unsere politische Vertretung noch zu schwach ist, die reaktionären Steuer- und Zollgesetze abzuwehren. Darüber können wir aber nicht hinweg durch leicht- fertige Detabierung des Wertes der gegenwärtig geleisteten Arbeit, sondern nur dadurch, daß auf beiden Seiten eine immer größere Energie aufgewendet wird, um die Arbeitermassen für den gewerkschaftlichen und politischen Kampf aufzurütteln . . . Wir haben bei der Behandlung der einzelnen Industriegruppen fast überall die Tendenz der Konzentration der gewerkschaft- lichen Kräfte feststellen können. Jede solche durchgeführte Konzentration bedeutet, nach den bisherigen Erfahrungen, eine Stärkung gegenüber dem Unternehmertum. Die Gewerkschaften haben also noch keineswegs alle die Wachstumsmitel erschöpft, die auf rein organisatorischem Gebiete liegen. Hier wird noch Jahr für Jahr eine wertvolle Arbeit zur Stärkung der gewerkschaftlichen Kräfte geleistet. Und wenn diese Konzentration innerhalb der ein- zelnen Industriegruppen vollendet sein würde, so haben wir immer noch die Möglichkeit der weiteren Machterweiterung durch Erweite- rung der Aufgaben der Gesamtvertretung der deutschen Gewerkschaften. In den letzten drei Monaten des laufenden Jahres macht sich eine leichte Belebung des Arbeitsmarktes bemerkbar. Auch die Abrechnungen einzelner Gewerkschaften für das erste Quartal 1909 lassen darauf schließen, daß eine Aufwärtsbewegung wieder im Anzuge ist . . . In auch im laufenden Jahre kann auf eine große Steigerung der Mitgliederzahl gerechnet werden, die Aufwärtsbewegung dürfte demnach mit dem einen Krisenjahr beendet sein.“

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Gewerkschaftliche Rückblicke. Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ hat in einer interessanten Artikelserie die Entwicklung der Organisationen in den einzelnen Industrie- gruppen behandelt. Der Schlußartikel in Nr. 25 gibt nun ein zu- sammenfassendes Resümee, das für 1908 folgende Zahlen aufweist:

	1907	1908	zu- nahme	ab- nahme
1. Baugewerbe	367 647	329 929	—	37 718
2. Metallindustrie	407 571	403 598	—	4 063
3. Textilarbeiter	126 440	103 120	—	23 320
4. Handels- und Transport- gewerbe	133 624	132 468	—	1 156
5. Bergarbeiter	111 476	112 513	1037	—
6. Bekleidungsindustrie	93 994	90 206	—	3 778
7. Holzindustrie	164 892	169 318	—	4 679
8. Nahrungsmittelindustrie	90 953	91 250	297	—
9. Gastwirtschaftsgewerbe	9 965	9 828	—	127
10. Gärtner	4 730	4 612	—	118
11. Industrie der Steine und Erden	61 656	55 040	—	6 576
12. Papier- und Lederindustrie . .	49 317	48 001	—	1 316
13. Lithographische Gewerbe	85 004	87 603	2599	—
14. Sonstige Berufe (darunter Gemeindearbeiter)	165 897	169 532	3635	—
Summa	1 873 146	1 797 963	7568	82 751

Absolute Abnahme von Jahreschlusß zu Jahreschlusß: 75 183. Zuzunehmen ist damit die Mitgliederzahl nicht ungunstig überstanden. Für unsere Organisation brachte das Jahr ebenfalls 3100 Mitglieder Zuwachs, das ist fast die Hälfte der gesamten Zunahme, soweit solche zu verzeichnen ist. Mit diesem Resultat können wir gewiß zufrieden sein. Von den sonstigen resümieren-

Kongresse.

Die 18. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes laßte vom 16. bis 21. Mai in Eisenach. 100 Delegierte waren anwesend. Einigen Mitgliedern, welche als Delegierte gewählt waren, wurde von den Unternehmern durch Mißtrauensverweigerung die Teilnahme unmöglich gemacht. Der Internekontersatz, ging sogar soweit, einigen Delegierten auf dem Verbandstage die Entlassung anzuhellen. Vom Geschäftsbericht für 1907/1908 hatte der Verband 1907 52 Streiks, davon 6 erfolglos; 1908 20 Streiks, davon 2 erfolgreich. An Streikunterstützungen wurden 1907 rund 100 000 Mark, 1908 rund 65 000 Mark gezahlt. In Bayern schloß der Verband mit Hilfe der staatlichen Behörden auf der Grube Leoben den ersten Tarifvertrag im Bergbau ab, dieser Vertrag ist aber nach kurzem Weichen von der Seite wieder ungültig gemacht worden. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist auf 112 513 gestiegen, das Verbandsvermögen beläuft sich auf fast 3 Millionen Mark. Die

Beiträge pro Mitglied und Woche sollen künftig betragen: Klasse a: für alle Mitglieder, welche netto unter 3 Mk. im Durchschnitt verdienen, 30 Pf.; Klasse b: alle übrigen Mitglieder mindestens 40 Pf.; Klasse c: 50 Pf. für alle, die diesen Beitrag zahlen wollen. Die Höhe der Streitunterstützung soll betragen: in Klasse a pro Woche 10 Mk., in Klasse b pro Woche 12 Mk., in Klasse c pro Woche 14 Mk. Ein weiterer Beschluß verpflichtet alle Verbandsmitglieder, Redner und Vertrauensleute, eine energische Propaganda gegen den Alkoholgenuß zu entfalten. Ferner wurde beschlossen: „Von der Einhaltung der Sündigungsfrist ist bei Lohnkämpfen usw. abgesehen, wenn durch Einhalten derselben der Kampf erschwert oder voraussichtlich der Erfolg desselben in Frage gestellt wird. Ob solche Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der Vorstand nach Anhörung der Bezirksleitung resp. der Bezirkskonferenz.“

Der 1. Verbandstag der Post- und Telegraphen-Untergeordneten fand in Berlin am 15. und 16. Mai statt. Es waren 85.000 Mitglieder durch Delegierte vertreten. Die Beförderungsreform soll im Sinne der Beschlüsse der Budgetkommission des Reichstages in Verbindung mit einer entsprechenden Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses auf zwei Drittel der nächsthöheren Tarifklasse einen gerechten Ausgleich gegenüber der eingetretenen Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse bringen und den Untergeordneten eine angemessene Lebenshaltung ermöglichen können. Andere Beschlüsse betrafen die Regelung der inneren dienstlichen Verhältnisse, insbesondere Rang, Ziel- und Aufstiegsfragen. — Die Absicht der Reichspostverwaltung, eine Krankenkasse für die Untergeordneten und ihre Familien einzurichten, wurde begrüßt, es wurden jedoch folgende Wünsche ausgesprochen: freie Arztwahl, Einräumung eines gewissen Mitbestimmungsrechts der Untergeordnetenschaft bei der Verwaltung sowie Festsetzung eines gleichen Beitrags für alle Mitglieder.

Die 9. Generalversammlung des Gasarbeiterverbandes tagte vom 30. Mai bis 6. Juni in Hannover. Eine Resolution, die sich im Prinzip für die Schaffung eines Industrieverbandes der keramischen Pfandien erklärt, gelangte mit 49 gegen 27 Stimmen zur Annahme. Mit 58 gegen 3 Stimmen wurde die Einführung der Krankenunterstützung beschlossen und der Beitrag aus diesem Grunde in jeder Klasse um 10 Pf. erhöht.

Die 9. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes tagte vom 31. Mai bis 5. Juni in Hamburg. Mit den Reichsleitern, Vorstandsvertretern usw. sind mehr als 200 Delegierte anwesend. Die Mitgliederzahl ist in der zweijährigen Berichtsperiode von 335.075 auf 362.673 gestiegen. 1907 wurden 3.917.353,12 Mk., 1908 7.126.544,15 Mk. für Unterstufungszwecke verausgabt. Für Stempiszwecke wurden 1907 2.283.304 Mk. und 1908 1.030.172 Mk. ausgegeben. Das Verbandsvermögen belief sich 1907 auf 5.606.946,91 Mk., 1908 auf 5.883.291,39 Mk. In der Diskussion über den Vorstandsbericht nahmen die Vorstandsmitglieder beim Pulkamtref in Kiel und beim Streikrecht in Mannheim einen freien Raum ein. Ein Teil der Redner warf dem Vorstände eigenmächtiges und undemokratisches Verhalten vor, während andere Redner dem Vorstände das Recht zusprachen, im Hinblick auf die allgemeine Lage lokale Bewegungen aufzuheben. Die Anträge auf Staffellung der Beiträge wurden abgelehnt. Der Vorstand wurde jedoch mit der Vornahme neuer Berechnungen beauftragt; er soll der nächsten Generalversammlung eine neue Vorlage über die Staffellungsfrage unterbreiten. Die Karenzzeit für die Erwerbslosenunterstützung wurde von 52 auf 72 Wochen erhöht. Alle Anträge, die den Verbandsbeamten das positive Wahlrecht zu entziehen begeden, wurden einstimmig abgelehnt. Zur Frage der Kartellierung erklärte die Generalversammlung mit 129 gegen 51 Stimmen, daß das Ziel einer allgemeinen und wirksamen Arbeiterrolle am 1. Mai in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie auf Grund gemachter Erfahrungen ohne jedwede wirtschaftliche Nachteile und dadurch bedingte Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft sowie auch mangels völliger Hebererhöhung innerhalb der Arbeitszeit über die Zweckmäßigkeit der Arbeiterrolle am 1. Mai überhaupt nicht zu erörtern ist. Ferner hat sich ergeben, daß die Arbeiterrolle am 1. Mai als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zur Bekämpfung bereits erzwungener Kollapsen nicht betrachtet werden kann, indem sie ihrem inneren Wesen nach eine genügende Periodendauerung tatsächlicher Maßnahmen nicht ermöglicht. Die Generalversammlung kann deshalb den Mitgliedern des Verbandes die Beteiligung an der Arbeiterrolle am 1. Mai nicht zur Pflicht machen, überläßt es vielmehr jedem einzelnen Mitglied, sich an ihr unter Beachtung der internationalen Grundsatzbestimmungen und Hebernahme aller sich aus der Arbeiterrolle am 1. Mai ergebenden Folgen zu beteiligen.

Der Zentralverband der Schiffszimmerer hielt seine 11. Generalversammlung vom 16. bis 20. Mai in Kiel ab. Die Durchschnittsmittelgehälter des Verbandes stieg von 37,2 im Jahre 1907 auf 37,0 im Jahre 1908. Die freie Vereinigung der Schiffszimmerer in Kiel ist dem Verbande beigetreten. Dessen gelang in Gemeinschaft mit den anderen in Frage kommenden Organ-

isationen der Abschluß von Vereinbarungen mit den Schiffsbauern, wonach die wöchentliche Arbeitszeit von 60 auf 57 resp. 56 Stunden herabgesetzt worden ist. Das Verbandsvermögen stieg von 96.591,51 Mark Ende 1907 auf 98.108,38 Mk. Ende 1908. Ein Antrag, mit dem Metallarbeiterverband zwecks Anschluß an diese Organisation in Verbindung zu treten, wurde vorläufig noch mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Zur Betreibung intensiverer Agitation wurde die Anstellung eines zweiten besoldeten Angestellten beschlossen.

Der 6. Verbandstag der Seelente fand vom 21. bis 27. Mai in Hamburg statt. Er beschloß eine Beitragserhöhung von 40 auf 50 Pf. und stimmte der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu. Von einem Kartellvertrage, der zwischen den Verbänden der Seelente, Hafenarbeiter und Transportarbeiter bestand, in der Vorstand des Seemannsverbandes Anfang dieses Jahres zurückgezogen. Der Verbandstag erklärte die Haltung des Vorstandes in dieser Frage als berechtigt an, stimmte jedoch im Prinzip der Industrieorganisation zu.

Die chemischen Arbeiter Deutschlands veranstalteten am 1. und 2. Pfingstfeiertag in Frankfurt a. M. eine Konferenz, an der 106 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands sowie der Hauptvorstand und fast alle Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes teilnahmen. Herr Dr. Sommerfeld hielt einen Vortrag über Vergiftungsgefahren, wobei er die Notwendigkeit einer besonderen Kontrolle der Industrie durch hygienisch vorgebildete Ärzte betonte. Die wirtschaftliche Lage der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter behandelte sodann ausführlich Genosse S. Schneider. Er betonte, daß die chemische Industrie ein treffliches Spiegelbild der industriellen Entwicklung überhaupt sei. Während von 1882-1907 die Zahl der Betriebe nur um 15 Proz. stieg, erhöhte sich die Zahl der Arbeiter um 139, die Zahl der Arbeiterinnen sogar um 300 Proz. Den Kapitalisten bringt die chemische Industrie Riesengewinn; sie schüttet durchschnittlich 14,6 Proz. Dividende aus! Um so trauriger ist die Lage der Arbeiter. Im Hinblick darauf und auf die Zerrüttung der Gesundheit, die die Verarbeitung giftiger und gefährlicher Stoffe mit sich bringt, wurden die chemischen Arbeiter durch eine Resolution zum Zusammenschluß im Fabrikarbeiterverbande dringend aufgefordert. Reichstagsabgeordneter Aug. Ehren referierte zum Schluß über: „Die Gesetzgebung und die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie“. Seine Resolution, durch die wirksamster Kampf der Giftküttenproletarier gefördert wird, fand einstimmige Annahme.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten tagte während des Pfingstfestes in Berlin. Trotz der letzten schweren Konflikte mit den Schwarzmadern stieg sein Mitgliederbestand von 7980 im Jahre 1906 auf 10.760 im Jahre 1907, während das Jahr 1908 mit 13.000 Mitgliedern abschließt. Der Bundestag gab dem Verband eine konsequente gewerkschaftliche Vertretung. Außerdem nahm er nach entsprechenden Referaten eine ganze Reihe von sozialpolitischen Anträgen an. Zur Frage der parteipolitischen Neutralität faßte er folgende Resolution: „1. Die politische Neutralität des Bundes ist dahin zu verstehen, daß der Bund als solcher weder für noch gegen eine bestimmte politische Partei Erklärungen abgibt. 2. Eine Kritik der Haltung der verschiedenen Parteien ist dessen ungeachtet erlaubt, ja im Interesse der sozialen Bewegung der technischen Privatangehörigen geboten. Sie soll sich aber nur auf diejenigen sozialpolitischen Fragen erstrecken, die im Interessensbereich der technisch-industriellen Beamten liegen. 3. Innerhalb des Bundes, d. h. bei Versammlungen oder Sitzungen, die im Namen des Bundes abgehalten werden, darf für keine politische Partei durch Wort oder Schrift Propaganda gemacht werden. 4. Da der Bund allen politischen Parteien gleich neutral gegenübersteht, so muß den Vertretern aller politischen Parteien Gelegenheit gegeben werden, in den öffentlichen Veranstaltungen des Bundes sich über dessen Ziele zu unterrichten und die Stellungnahme ihrer Parteien zu einzelnen Privatbeamtenfragen bekannt zu geben und zu begründen. 5. Da die Sozialpolitik nur einen Ausschnitt aus der gesamten Politik bildet, ist es dringend erwünscht, daß die Mitglieder sich außerhalb des Bundes auch politisch betätigen, und daß sie innerhalb der Partei, der sie sich angeschlossen haben, nachdrücklich für die Verwirklichung des Bundesprogramms eintreten.“

◆ Rundschau ◆

Der Reichstag ist nach den Finanzkrisen erneut in die Verhandlungen eingetreten und hat fast sofort neue Steuerpläne aus. Die Einkommensteuern über die neuen Steuern sind nun doch bedenklich nahe gerückt, wenigstens auch gegenwärtig noch niemand mit Bestimmtheit sagen kann, wie die Schöpfung ausfallen wird. Ewig sind sich alle bürgerlichen Parteien, alle bürgerlichen Interessengruppen ob „Sanitäts“ oder „Land der Landwirte“, das mindestens 400 Millionen Reichsmark von den Händen genommen werden sollen. Um sich aber bei den letzten 100 Millionen auch noch zu drücken, wissen die Reichenden wie auch

die Regierung zurzeit keinen Ausweg. Wie unbeholfen die Regierung in der Falsche liegt, infolge der fortgesetzten Nachgiebigkeit gegenüber den Junkern, beweist die Reichstagsrede Wilows, der sich damit selber ins Gesicht schlägt, wie folgende Gegenüberstellung der „Dresl. Volkswacht“ jedem klar beweist:

Als das Zentrum mit Hilfe der Sozialdemokratie einen sachgemäßen freimüthigen Antrag niederschnitt, mußte von dem verfassungsmäßigen Mittel zur Wahrung der Autorität der Regierung Gebrauch gemacht und der Deutsche Reichstag aufgelöst werden. . . . Wegen die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen noch so große Verschiedenheiten aufweisen, die Parteien, die am 13. Dezember an der Seite der Regierung standen, werden von vornherein im Auge zu behalten haben, was sie damals einigte: Der Kampf für Ehre und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum. Wilows Zücherbrief vom 31. Dez. 1906.

Es ist darüber gesagt worden, daß die Mitwirkung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform von den Verbündeten Regierungen oder vom Reichstagler ausgeschlossen worden wäre. Das ist eine vollkommen irrige Auffassung. (Lauter Gelächter links.) (Mit erhobener Stimme.) Warten Sie doch ab, m. H., was ich noch sagen werde. Von Anfang an ist das Zentrum auf meine Veranlassung, wie alle anderen bürgerlichen Parteien, über die Absichten der Verbündeten Regierungen unterrichtet worden. . . . Nebenamt habe ich nie eine Partei an positiver Arbeit verhindert; ich würde sachliche Unterstützung sogar von der äußersten Linken annehmen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Wilows Reichstagsrede vom 16. Juni 1907.

Wilow appelliert also an Zentrum und Sozialdemokratie! Da muß schon äußerste Not am Mann sein! Wenn die Arbeiter haben nur einen Wunsch: In der ganzen Steuerkommission die Schluss! Wir wünschen Reichstagsauflösung, dann dürfte die Meinung des Volkes unverfälscht zur Geltung kommen.

Der Mann Goldstein f. Der sozialdemokratische Reichs- und Landtagsabgeordnete Goldstein ist am 11. Juni in einem Dresdener Kranenbauwerk am Schlagflusse gestorben. Das Proletariat verliert in Goldstein einen grundehrlichen Charakter und besten Anwalt in den Parlamenten. Er wurde am 25. Januar 1852 in Mödern bei Leipzig geboren. In seiner frühesten Jugend mußte er als sogenanntes Hutefund, als Dienstknecht, mit erwerben. Später, als die Eltern nach Dresden verzogen waren, besuchte er dort von 1858 bis 1865 die Volksschule. In seiner freien Zeit, da andere Kinder am Spiele sich vergnügten, mußte Goldstein in einer Zigarrenfabrik Tabakblätter rippen. Nach seiner Schulentlassung war er bis 1870 bei einem Advokaten als Schreiblehrling tätig. Später war Goldstein in mehreren kaufmännischen Geschäften beschäftigt. Damals war Goldstein in den Dresdener Diskontoklub und im Fortbildungsverein tätig. Wiederholt hat er als Redakteur gewirkt. Unter dem Sozialistengefähr gründete Goldstein in Dresden eine antiquarische Buchhandlung, die ihn schlecht und recht ernährte. Natürlich mußte er auch wiederholt Hausdurchsuchungen und allerlei gerichtliche Scherereien über sich ergehen lassen, denn immer stellte er seinen Mann in der Parteibewegung. Goldstein war ein glänzender Redner mit einem unvergänglichen Humor. 1903 wurde er für den 19. sächsischen Reichstagswahlkreis Stollberg Schneeburg in den Reichstag entsandt. 1905 wurde er im 37. sächsischen Wahlkreis in die sächsische Zweite Kammer gewählt. Miesengroß war die Arbeit, die er dort als einziger mit heiterer Lust und frohlicher Ruhe bewältigte. Wie hat Goldstein versagt. Am 10. Oktober 1908 aber brach er unter der Last zusammen, ein Schlaganfall warf ihn nieder. Die Arbeiterklasse wird stets seiner gedenken.

„Praktische Arbeiterfürsorge“. Der durch seine experimentelle Gewinnung hinreichend bekannte preussische Eisenbahnmittel v. Preitenbach hat an die ihm unterstellten Eisenbahndirektionen die folgende Verfügung erlassen:

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten. Berlin W. 66, den 21. Mai 1909.
IV. B. 5/317.

Von dem Christlichen Zeitschriftenverein in Berlin ist ein neues Verzeichnis von „Zahlblätter für Eisenbahnvereine“ sowie eine Druckliste „Soldatenvereine“ herausgegeben worden, die eine geeignete Vorkaufsstelle aus den Wissensgebieten von allgemeiner Bedeutung bietet. Unter Hinweis auf den Erlaß vom 27./3. 06 — IV. B. 5/241 — mache ich die sämtlichen Eisenbahndirektionen auf diese Schriften aufmerksam, von deren Ersehen auch den Eisenbahnvereinen Kenntnis zu geben ist. — Gleichzeitig bringe ich den Erlaß vom 17./3. 08 — IV. B. 5/212 — in Erinnerung, wonach es sich empfiehlt, bei Beschaffung von Leinwand für die Heberwartungs- und Aufstellungsräume und bei der Ausrichtung von Wandereisenbahn von der Schriftverteilungsanstalt des Zeitschriftenvereins herausgegebenen kleineren patriotischen, geschichtlichen und sonstigen Schriften zu berücksichtigen und auch die Eisenbahnvereine auf diese Schriften hinzuweisen.

An die kgl. Eisenbahndirektionen.
Der Christliche Zeitschriftenverein steht unter dem Protektorat des Ministerialdirektors Schwarzkopff vom preussischen Kultusministerium und hat sich durch den von ihm vertretenen

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Ortsvereine des Reichs. Druck: Bornoms Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 99

wertlosen Traktatenscheibchen seit Jahren einen „berühmten“ Namen gemacht. Die Traktatchen dieses Vereins sind gewiss ein hinlänglicher Ersatz für das den preussischen Staatsangehörigen vorenthaltene Koalitionsrecht und ihre zu einem menschenwürdigen Dasein nicht ausreichenden Löhne — oder auch nicht!

Die Kirchhofsarbeiter der Berliner Friedhöfe. In einer öffentlichen Versammlung „nichtsozialdemokratischer, christlicher“ Kirchhofsarbeiter — so berichtet die „Morgenpost“ — wurde über den Mangel aller sanitären Vorrichtungen auf den Friedhöfen der Berliner Kirchengemeinden Klage geführt. So fehle es vollständig an Waschlöchern für die Kirchhofsarbeiter, trotzdem sie so viel mit Leiden in Berührung kommen. Für Körperarbeit zur Pflege der Gräber, wofür den Arbeitern 120 Mk. jährlich bezahlt würden, lasse sich die Kirchengemeinde 1200 Mk. zahlen. Trotzdem habe es die Einnode fertig bekommen, einer einzigen Gemeinde 1520 Mk. an Arbeitslohn zu streichen. Die vom Konfessionarium erlassenen Vorschriften über die Ausbuchtung von Gräbern, welche Unfälle verhüten sollen, würden täglich vor den Augen der Geistlichen übertreten. Passiere ein Unglück, so gebe es für den seinem Verufe zum Opfer gefallenen Kirchhofsarbeiter nicht einmal eine Unfallrente. Die Löhne seien niedriger als bei irgendeiner anderen Beschäftigung und gingen ständig zurück. Bis zu einem Tagelohn von 2 Mk. sei der Verdienst der Arbeiter auf manchen Kirchhöfen gesunken. Alle Mittagsruhe und Eingaben würden kurzerhand abgewiesen, in keiner Weise komme die Kirchenbehörde den Arbeitern entgegen, dabei gebe es Kirchhöfe in Berlin, die bis zu 100.000 Mk. Ueberdies abwerfen. Ebenso habe der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses der Stadtynode, Wilhelm Oberkonfessionartrat D. Haber, den Empfang einer Deputation der beteiligten Arbeiter abgelehnt. An einen Streik sei nicht zu denken, aber durch Organisation, öffentliche Bekämpfung der Verhältnisse und „passive Widerstand“ könne und müsse Besserung herbeigeführt werden. Hauptforderungen sind Einführung von sanitären und Sicherheitsvorrichtungen auf den Kirchhöfen und ein Mindestlohn von 4 Mk. täglich. — Solange sich die Kirchhofsarbeiter der modernen Organisation nicht anschließen, werden ihre Forderungen wohl „fromme Wünsche“ bleiben!

Die sichere Erziehung der Staats- und Gemeindegewerksarbeiter bis ins hohe Alter wird wieder einmal im Belandungsweisen — so schreibt das „Damb. Echo“ — stark illustriert. Bekanntlich sind auf den Gaswerken Damburg technische Neuerungen und Maschinen an Stelle des früheren Handbetriebes getreten. Nach und nach ist die Arbeiterzahl infolgedessen gewaltig reduziert worden. Besonders auf der Warmbader Gasanstalt haben die Entlassungen einen ungeheuren Umfang angenommen. Während hier früher 400 bis 500 Arbeiter gebraucht wurden, benötigt man jetzt nur noch 200 bis 220 Mann. In der letzten Woche sind Arbeiter entlassen worden, welche schon acht Jahre im Betriebe tätig waren. Jetzt steht noch ein weiteres Dutzend Namen auf der Mündigungsliste, deren Träger länger als acht Jahre dem Staate gedient haben. Die Dienjünglinge sind schon alle entlassen. Gegen technische, menschliche Arbeitskraft sparende Verbesserungen kann natürlich nicht angekämpft werden. Aber wir meinen doch, etwas mehr Rücksicht sollte der Staat sich allen Arbeitern gegenüber nehmen. Sie zu einer so unangenehmen Menzunft, wie in der gegenwärtigen Zeit, aufs Plötzliche zu werfen, ist fast brutal. Wozu sind diese Arbeiter nicht in anderen Staatsbetrieben unterbringen? Warum ist die Wirkung der Maßnahmen nicht durch allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit in allen Staatsbetrieben um eine Stunde täglich — zum Teil wenigstens — gemildert worden? Auf den Flehen und in den Beschwerden der hiesigen Gaswerke beachtet immer noch die schuldige Arbeitszeit, ebenso im Mohnbetriebe. Hier bot sich eine vorzügliche Gelegenheit, sozialpolitische Einsicht zu betätigen. Aber komme mit solchen „Mäßen“ nur einer unserer Pfefferkuchensrepublik. . . .

Die Gemeinden als Musterarbeitgeber. Der Stadtmagistrat Augsburg sucht einen Bureaubeamten, der arbeiter Interessierter sein und schöne flüchtige Handschrift haben muß und 220 Mark Lohn erhalten soll!

Totenliste des Verbandes.

Wilhelm Knoff, Bremen | Friedrich Huk, Magdeburg
† 6. 6. 1909 im Alter von 35 Jahren. | † 11. 6. 1909 im Alter von 67 Jahren.

Joseph Farris, Stralsburg i. M.

Entwässerung
† 15. 6. 1909, im Alter von 32 Jahren.

Chre ihrem Andenken!